

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 10. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 27. Mai 2009
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Felix Keller, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Heinz Giger
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Scharaf Helmy, Rechtsdienst
Carolle Hufschmid, Stv. Leiterin
Hauptabteilung Finanzen – Steuern - Controlling

Gäste:

Entschuldigt: Susanne Amrein
Susanne Studer
Robert Richner
Benedikt Gnos

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr: 34 Anwesende = 23
18.25 Uhr: 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 22.04.2009 betreffend
**Erneuerung der Leistungsvereinbarung zwischen der
Einwohnergemeinde Allschwil und der Spitex Allschwil-Schönenbuch**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier

Geschäft 3845/A

-
2. **Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates**
Geschäftsvertretung: Präsident Kommission für
Gemeindeordnung und -reglemente Geschäft 3784A

 3. Verfahrenspostulat von Th. Pfaff / G. Vögelin, SP/EVP-Fraktion, vom 21.05.2008
betreffend **Prüfung einer Teilrevision des Geschäftsreglementes Einwohnerrat**
/ Antrag auf Abschreibung
Geschäftsvertretung:
Präsident Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente Geschäft 3784

 4. Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 12.02.2009 betreffend
Zubringer Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3833

 5. Interpellation von Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion,
vom 21.03.2009 betreffend
Investitionen zur Entlastung der Wirtschaftskrise
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3846

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Scharaf Helmy, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 10 vom 27. Mai 2009

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Felix Keller

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Felix Keller, Präsident: Ich begrüße Sie ganz herzlich zu dieser Einwohnerratssitzung. Sie haben gesehen, die Traktandenliste für heute ist ein bisschen kurz ausgefallen. Das ist nicht deswegen, weil heute Abend Champions League Finale ist, sondern weil das Geschäft betreffend die Leistungsvereinbarung Spitex unbedingt heute behandelt werden muss. Von daher hatten wir gesagt, wir sagen diese Sitzung sicher im Mai an. Ganz speziell begrüßen möchte ich auch Frau Carolle Hufschmid. Sie sitzt neben Herrn Scharaf Helmy. Sie arbeitet auf der Hauptabteilung Finanzen und ist stellvertretende Hauptabteilungsleiterin Finanzen. Herzlich willkommen! Sie ist heute bei uns, um einmal zuzuhören, wie es auf der politischen Bühne in Allschwil zu- und hergeht.

Ich komme zu den **Entschuldigungen**: Entschuldigt hat sich Frau Sandra Steiner. Sie ist in den Ferien. Entschuldigt ist Frau Susanne Amrein krankheitshalber, ebenso Frau Susanne Studer und Herr Robert Richner.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Benedikt Gnos ist auch entschuldigt.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur **Präsenz**.

[siehe Protokolleingang]

Felix Keller, Präsident: Ich komme zu den **Mitteilungen**. Mit Schreiben vom 6. Mai hat Herr Michel Mamie seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per sofort bekanntgegeben, und zwar wegen zusätzlichen neuen beruflichen Verpflichtungen. Bei der SVP gibt es keinen Nachfolger, der nachrücken könnte, sondern die Nachfolge muss durch den Gemeinderat erwahrt werden. Dies ist heute erfolgt, habe ich mir sagen lassen. Diese Nachfolge muss jetzt noch publiziert werden. Damit kann die Nachfolge für Herrn Michel Mamie im Juni hier Einsitz nehmen.

Weiterhin sehen Sie neben mir auf der linken Seite drei Herren. Das kommt daher, dass Herr Jürg Gass nachher als Kommissionssprecher tätig sein wird und daher Herr Benz bereits als Ersatz-Stimmenzähler hier oben ist und sich schon beim ersten Geschäft einarbeiten kann. Dann noch ein letzter Hinweis von meiner Seite, betreffend die Einladung zum Einwohnerrats-Schlussessen am 19. Juni. Heute ist Anmeldeschluss. Es sind noch einige Plätze frei. Geben Sie also alle noch Ihre Zettel ab, ich wäre Ihnen dankbar.

Ich komme zu den **neuen Vorstössen**: Ich habe auf dem Tisch eine dringliche Motion von Herrn Josua Studer, betreffend Entfernung von Schwellen. Herr Studer, wollen Sie die Dringlichkeit begründen?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Tempo 30 ist abgelehnt worden. Wir wissen alle, warum: Die Leute wollen keine derartigen Verkehrsbeschränkungen. Aus diesem Grund ist es nahe liegend, dass wir diese Schwellen und das versetzte Parkieren entfernen. Details konnten Sie aus der Presse entnehmen. Wieso dringlich? Das Volk möchte, dass sein Wille umgesetzt wird, und somit sollten wir das so rasch wie möglich behandeln.

Felix Keller, Präsident: Für die Dringlichkeit braucht es ein 2/3-Mehr. Wir sind 34. 2/3 sind 23. Wir brauchen 23 Stimmen. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

//:

Die Dringlichkeit wird abgelehnt (27 Nein, 7 Ja)

Felix Keller, Präsident: Ich habe eine weitere dringliche Motion auf dem Tisch von Frau Susanne Studer, betreffend Tageskarten-Angebotsausweitung. Herr Gemeinderat Pfaff hat kurz das Wort gewünscht.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: In diesem Zusammenhang vielleicht einfach ein kleines Info-Fenster: Der Gemeinderat hat am 19. Mai beschlossen, per 26. Juni das Angebot von 2 auf 5 Sets zu erweitern. Die Reservation wird aufgeschaltet ab 1. Juni. Ab dann kann man also ab 26. Juni jeweils fünf Karten pro Tag beziehen. Ich wollte Sie einfach darüber in Kenntnis setzen, weil es in direktem Zusammenhang steht. Die Motion ist eigentlich hinfällig Ich möchte der Postulantin, bzw. der vertretenen Fraktion empfehlen, die Motion zurückzuziehen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Super, dass jetzt, ohne dass wir etwas unternehmen müssen, das Angebot ausgeweitet wird. Das zeigt, dass wir das richtig gesehen haben und wirklich ein Bedarf vorliegt. Und wir sind dankbar, dass sogar ein Set mehr angeboten wird, als die Motionärin eigentlich mindestens wollte.

Felix Keller, Präsident: Wird also die Motion zurückgezogen?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Das ist richtig, ja.

Felix Keller, Präsident: Die Motion ist zurückgezogen. – Im Weiteren habe ich eine Interpellation auf dem Tisch betreffend Tageskartenangebot von Frau Susanne Studer. Gibt es eine kurze Begründung? – Nein. – Dann nochmals von der SVP eine Interpellation betreffend Wohnpflicht in Allschwil. Herr Cedric Roos, ist das Wort erwünscht? – Nein – Dann noch ein Postulat von der Fraktion Grüne betreffend Lösung der Verkehrsprobleme in Allschwil. Ist hier das Wort erwünscht? – Nein. – Das waren die neuen Vorstösse.

Damit kommen wir zur **Traktandenliste**. Ich stelle fest, dass die Traktandenliste rechtzeitig verschickt wurde. Ich möchte noch kurz darauf hinweisen, dass das Geschäft 3784 auf zwei Traktanden aufgeteilt wurde. Die Begründung dafür wird nachher Herr Jürg Gass abgeben. Gibt es Änderungsanträge zur Traktandenliste?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Bei Traktandum 1 kommen wir zum Geschäft 3845. Dort geht es um die Spitex. Und im Weiteren haben wir dann noch 3845/A, den Bericht der GPK. Gemäss dem Geschäftsreglement des Einwohnerrates, Art. 50 Abschnitt 1, ist es ganz klar so, dass die Berichte rechtzeitig, das heisst 14 Tage vor der Behandlung, im Besitz der Einwohnerräte sein müssen. Im Abschnitt 2 steht, in dringenden Fällen kann es vom Einwohnerrat trotzdem beraten werden, wenn entweder der Gemeinderat oder jemand aus der Kommission den Antrag auf Behandlung stellt. Und dann braucht es ein 2/3-Mehr. Es geht mir nicht darum, hier punktgenau das Reglement auszulegen, sondern formaljuristisch darum, dass wir nicht heute Abend etwas behandeln und beschliessen, und am Schluss dann einfach eine Einsprache gemacht werden kann, weil wir nicht offiziell darüber befunden haben, dass wir das behandeln dürfen. Ich bitte um einen Antrag.

Andreas Bammatter, Präsident GPK: Ich stelle den Antrag, dass wir das Traktandum 1, wie es auf der Traktandenliste steht – Geschäft 3845 – heute Abend durchführen. Ich bitte, das mindestens mit einem 2/3-Mehr anzunehmen.

Felix Keller, Präsident: Wir stimmen darüber ab.

://

Nahezu einstimmig ja

Felix Keller, Präsident: Wir verfahren also nach Traktandenliste und kommen darum gerade zu Traktandum 1:

441 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1
Bericht des Gemeinderates vom 22.04.2009 betreffend
Erneuerung der Leistungsvereinbarung zwischen der
Einwohnergemeinde Allschwil und der Spitex Allschwil-Schönenbuch
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3845/A

Andreas Bammatter, Präsident GPK: Wie bereits bei den letzten Leistungsvereinbarungen, die wir hier im Einwohnerrat verabschiedet haben, hat auch dieses Mal die GPK als vorbereitende Kommission die Leistungsvereinbarung, namentlich die von der Spitex Allschwil, prüfen dürfen. Der Gemeinderat, vertreten durch den Gemeindepräsidenten Dr. Anton Lauber, die Gemeindeverwalterin Frau Sandra Steiner und Finanz-Hauptabteilungsleiter Herr Dieter Pfister haben am 23. April dieses Jahres die GPK mit der Leistungsvereinbarung vertraut gemacht und sie ausführlich vorgestellt. Dem vorliegenden Bericht der GPK können Sie entnehmen, dass es sich um eine Erneuerung der Leistungsvereinbarung handelt – es ist also keine neue Leistungsvereinbarung, sondern eine Erneuerung der alten – dass aber neu auch die Tagesstätten in die Leistungsvereinbarung integriert wurden. Das macht Sinn, denn viele Dienstleistungen der Tagesstätten sind für die gleiche Zielgruppe wie die Spitex-Kundinnen und -Kunden, und somit ist das rechtens. Die GPK hat die Leistungsvereinbarung geprüft und entsprechende Ergänzungsfragen gestellt. Diese wurden dann vom Gemeindepräsidenten, von der Gemeindeverwalterin, und zusätzlich auch, bei einer späteren Sitzung, von Herrn Scharaf Helmy ausreichend beantwortet. Bei der Beantwortung der Fragen hat sich jedoch gezeigt, dass zweckmässigerweise auch die operative Leitung des Leistungserbringers vor Ort sein sollte. Denn einzelne Detailfragen können dann sehr viel ausführlicher behandelt werden. Die GPK wird sich zukünftig auch mit Frage an den Leistungserbringer wenden. Ebenso ist die GPK einstimmig der Meinung, dass Geschäfte wie diese Leistungsvereinbarung auch vom entsprechenden Departementsvorsteher oder der Departementsvorsteherin, allenfalls vom Stellvertreter, von Anfang an bis jetzt vertreten werden sollten. Aufgrund dieser Erkenntnisse wird die GPK bei dieser Leistungsvereinbarung nach Ablauf von einem bis zwei Jahren eine Überprüfung vor Ort durchführen und die beschriebenen Prozesse und Dienstleistungen prüfen.

Jetzt zum finanziellen Teil. Der ist ja das Pendant zu den zu erbringenden Leistungen. Wie den Ausführungen des Gemeinderats zu entnehmen ist, soll die Leistungsvereinbarung bis 2012 über eine Pauschale von Fr. 1.55 Millionen unterzeichnet werden. Das bedeutet eine Erhöhung vom ca. Fr. 150'000 gegenüber dem Budgetbetrag von 2009. Die zusätzlichen Kosten sind in den Komponenten Tagesstätten, Neuer Finanzausgleich, Jahresteuern und Lohnanpassungen aus der Wirksamkeit der Lohnklage des Baselbieter Pflegepersonals ausführlich begründet. Weiter kommen dann noch ausserkommunale, also extern erbrachte Spitexleistungen dazu. Im Bereich der Palliativmedizin und Onkologie wird separat anhand von Fallzahlen ein Budget erstellt. Für das Jahr 2009 sind somit Fr. 80'000 eingestellt. Bei einem allfälligen weiteren Finanzbedarf tritt das Gemeindegesetz, § 162, „Nachtragskredite“, in Kraft. Besonders hervorheben möchte die GPK schliesslich auch die Tatsache, dass die vorliegende Leistungsvereinbarung als allgemeines Muster in Form und Struktur dargestellt ist. Sie soll in Zukunft als Standard gelten. Wir verweisen dazu speziell auf den Ausformulierungsgrad. Die GPK begrüsst dies sehr, wird doch so auch bezüglich Vertragspartnerschaften ein eigentliches Qualitätsmanagement geführt. Spitex und Tagesstätten sind sehr wichtige Bestandteile im Dienstleistungsangebot unserer Gemeinde. Und wir müssen dazu in quantitativer und qualitativer Hinsicht Sorge tragen. In diesem Sinne danke ich im Namen der GPK und meiner GPK-Mitglieder allen Beteiligten, die mit grossem Engagement einen Beitrag zur Entscheidungsfindung geleistet haben. Ich empfehle Ihnen zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen einstimmig, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen, nämlich erstens die Jahrespauschale 2009 bis 2012 in Höhe von Fr. 1'556'940 zu genehmigen, zweitens die Leistungsvereinbarung heute Abend rückwirkend zum 1. Januar in Kraft zu setzen und den Nachtragskredit von Fr. 80'000 für überkommunale Spitex-Dienstleistungen zu genehmigen.

Gemeinderat Arnold Julier, Vorsteher Departement Soziale Dienste – Gesundheit: Ich bin nicht sicher, ob allen bekannt ist, dass die Spitex in diesem Jahr bereits 105 Jahre alt wird. Im September 1904 wurde der Krankenverein Allschwil gegründet. 1993 haben der Allgemeine Kranken- und Hauspflegeverein und der Katholische Kranken- und Wochenpflegeverein fusioniert und wurden zum Kranken- und

Hauspflegeverein Allschwil-Schönenbuch. Die heutige Bezeichnung „Spitex Allschwil-Schönenbuch“ besteht erst seit der Generalversammlung 2003. Während des über 100-jährigen Bestehens hat sich nicht nur der Name geändert, nein, andere Sachen haben sich ebenfalls geändert, und insbesondere die Entwicklung im Bereich der Pflege und der Betreuung, so dass die heutige Spitex zusammen mit den Tagesstätten zu einer hoch professionellen Institution geworden ist. Die Spitex mit einem zentral gelegenen Zentrum und einer guten Infrastruktur ist eine ausgezeichnete Einrichtung mit einer professionellen Führung und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und sie erreicht mit ihren Leistungsangeboten bei der Bevölkerung einen hohen Beliebtheitsgrad und ist aus Allschwil nicht mehr wegzudenken. Dank der Spitexleistungen, die von Montag bis Sonntag, morgens von 7 Uhr bis abends um 8 Uhr, und von abends 8 Uhr bis morgens 7 Uhr mit einem Bereitschaftsdienst sichergestellt werden, können Betroffene trotz persönlicher Einschränkungen zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Damit wird die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Menschen gefördert, die vorübergehend oder dauernd auf Hilfe angewiesen sind. Ursachen dafür sind beispielsweise Krankheit, Unfall, Behinderung, Altersgebrechen oder Rekonvaleszenz nach einem Spitalaufenthalt. Damit ermöglicht es die Spitex ihrer Kundschaft, selbständig und autonom zu bleiben und, wenn möglich, auch im hohen Alter in den eigenen vier Wänden zu leben, was ein oft genannter Wunsch von vielen Menschen ist. Letztlich sagte mir eine ältere Dame in einem Gespräch, das gar nicht das Thema Spitex hatte: „Dank der Spitex darf ich in meinen vier Wänden alt werden.“ Sie sagte nicht, sie „kann“, sondern sie „darf“ in ihren vier Wänden alt werden. Ohne Spitex hätte sie ins Altersheim gehen müssen. Das Spitex-Angebot bewahre auch ihre Familie vor Überlastung. Geschätzte Damen und Herren, das ist eine Aussage, die auch bei vielen anderen Menschen zutrifft. Wenn die älteren Menschen daheim leben und mit guten medizinischen Leistungen und Hilfsangeboten versorgt sind, wie das bei der Spitex der Fall ist, dann kann der kostspielige Bau von Alters- und Pflegeheimen begrenzt werden, die vermehrt für Personen mit grösserem Pflegebedarf bestimmt sind. Mit der demografischen Entwicklung und der gesetzlichen Veränderung werden sowohl die Gemeinde wie auch die Spitex vor neue herausfordernde Tatsachen gestellt. Die Anzahl von pflegeabhängigen Personen in ihren Wohnungen wird in den nächsten Jahren insbesondere wegen der Einführung der Fallpauschalen kontinuierlich steigen. Aber schon seit Jahren haben die Pflegestunden und insbesondere die Einsätze stark zugenommen, und somit natürlich auch der Pflegepersonalbedarf und die Pflegekosten. Es gibt aber auch immer wieder neue Rahmenbedingungen, die zu bewältigen sind. So auch im Jahr 2008, in dem etliche Veränderungen auf uns zukamen, die jeweils einigen Anpassungsaufwand nach sich zogen. Der NFA hat den Finanzfluss zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden neu geregelt. Die Spitex ist insofern betroffen, als sie keine Bundes- und Kantonssubventionsbeiträge mehr bekommt. Denn für die Spitex ist jetzt gemäss dem neuen Gesundheitsgesetz vollumfänglich die Gemeinde zuständig. Das gilt auch für die kommunalen Spitex-Dienstleistungserbringer, wie es der Präsident der GPK schon sagte, wie beispielsweise die Spital-externe Onkologie, die Stiftung für Krankenpflege zu Hause, oder Kinder-Spitex, die jeweils in die Lücke springen, wenn unsere örtliche Spitex aus fachlichen oder betreuerischen Gründen eine Leistung nicht selbst erbringen kann. Ebenfalls im Jahr 2008 ist der neu ausgehandelte Tarifvertrag zwischen der Santésuisse und dem Spitexverband Baselland in Kraft getreten. Neben einer positiven Tarifanpassung hat sich auch die Zeiterfassung der Dienstleistungen verändert. Pflegeleistungen können leider nicht mehr nach Viertelstunden abgerechnet werden, sondern nur noch im Fünf-Minuten-Takt. Dazu kommt ein vermehrter administrativer Aufwand, weil die Anforderungen der Krankenkassen betreffend Berichterstattung laufend zunehmen, damit sie die Notwendigkeit eines Einsatzes und somit die Kostenübernahme bei der Leistungen besser überprüfen können. Mit dem neuen Gesundheitsgesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, werden die Gemeinden verpflichtet, das öffentliche Spitex-Angebot sicherzustellen. § 79 des Gesundheitsgesetzes definiert die Spitex-Leistungen, die die Gemeinden anbieten müssen. Die Gemeinden sind jedoch befugt, die Erfüllung dieses Auftrags mittels einer Leistungsvereinbarung an Dritte zu übertragen – was unsere Gemeinde mit dem Verein Spitex Allschwil-Schönenbuch tut und auch weiterhin tun will. Auf der Basis des § 79 ist in der vorliegenden Leistungsvereinbarung das Angebot sämtlicher Spitex-Dienstleistungen definiert. Im Weiteren wurden alle Veränderungen und gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt, so dass Ihnen eine Leistungsvereinbarung auf dem allerneuesten Stand vorliegt. Auch der gerichtliche Vergleich vom 8. April 2009 betreffend die Lohnklage des Pflegepersonals ist bereits berücksichtigt. Ebenso liegt Ihnen auch ein sehr ausführlicher Bericht zur Leistungsvereinbarung vor, aus dem Sie alle Details entnehmen können. Die vorliegende Leistungsvereinbarung wurde in der Form und im Aufbau neu strukturiert – auch das hat der Präsident der GPK bereits gesagt – und sie dient als Muster für alle anderen Leistungsvereinbarungen, die jetzt dann erneuert oder ergänzt werden. Im Vergleich zur letzten Spitex-Leistungsvereinbarung wurden unter anderem die folgenden Punkte neu oder ausführlicher geregelt: So sind die Voraussetzungen für die Ablehnung von Aufträgen ausführlicher aufgelistet. Auch das Vorgehen bei der Sicherstellung und Finanzierung der überkommunalen Spitex-Dienstleistungen, für die neu auch die Gemeinde die Verantwortung trägt, ist in der Leistungsvereinbarung geregelt, indem die Spitex beauftragt wird, die Fallführung aller externen Spitex-Organisationen zu übernehmen. Ebenso wurde die Tagesstätte, die die Spitex im September 2004 vom Verein Tagesstätte für Betagte übernommen hat, als

Teil des Spitex-Angebots in die Leistungsvereinbarung integriert. In der vorliegenden Leistungsvereinbarung wurde das Dienstleistungsangebot Spital-externer Haus- und Krankenpflege überarbeitet und aktualisiert. Neben dem Kernvertrag besteht neu ein Anhang, in dem alle Dienstleistungsangebote genau aufgeführt sind. Mit der Auflistung in einem Anhang kann der Gemeinderat bei nötigen Änderungen flexibler reagieren und Anpassungen ohne Teilrevision der Leistungsvereinbarung vornehmen. Auch das Vorgehen bei Leistungsstörungen und die Konfliktregelung wurden neu in die Leistungsvereinbarung aufgenommen. Die Finanzierung erfolgt wie bisher im Sinne einer Übergangslösung bis 31. Dezember 2012 nochmals über eine Jahrespauschale, die der Teuerung unterliegt, gekoppelt mit einem Anpassungsmechanismus für den Fall, dass sich wesentliche vertragliche Grundvoraussetzungen während der Vertragsdauer ändern sollten.

Nebst der Genehmigung der Leistungsvereinbarung beantragt Ihnen der Gemeinderat zur Finanzierung der Spitex-Dienstleistungen der überkommunalen Spitex-Organisationen aufgrund der aktuellen Fallführung einen Nachtragskredit von Fr. 80'000 für die laufende Rechnung 2009. Denn dieser Betrag ist im Voranschlag 2009 nicht enthalten. Zum Schluss nehme ich die Gelegenheit wahr, den Spitex-Verantwortlichen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren täglichen Einsatz zugunsten der betroffenen Personen bestens zu danken.

Felix Keller, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die Spitex Allschwil-Schönenbuch leistet in den beiden Gemeinden einen enormen und wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl, wie wir schon gehört haben. Gäbe es diese Institution nicht, müsste mit Bestimmtheit in absehbarer Zeit ein zusätzliches Alters- und Pflegeheim gebaut werden. Dazu kommt die Pflege und Betreuung von kranken Mitmenschen, die nach immer kürzeren Spitalaufenthalten nach Hause entlassen werden und nur dank der Spitex daheim dann auch gut betreut werden können. In der GPK haben wir die Vereinbarung trotz der kurzen Zeitlimite gründlich und kritisch geprüft. Unklarheiten und zusätzlich aufgetauchte Fragen wurden von der Verwaltung schriftlich und mündlich zufriedenstellend beantwortet. Die Erneuerung der Leistungsvereinbarung ist zwingend notwendig. Sie gibt beiden Gemeinden und der Spitex klare Regeln, wie sie nach gesetzlichen Grundlagen Pflichten und Rechte zum Vorteil der Gemeinde sowie auch der Klientinnen und Klienten regeln. Neu mit einbezogen, wie auch schon gesagt wurde, ist die Tagesstätte. Das ist auch eine sehr wichtige Institution in Allschwil. Sie ist ja schon seit vier Jahren bei der Spitex dabei und wird jetzt neu in diese Leistungsvereinbarung einbezogen. Mit der angepassten Jahrespauschale werden unter anderem auch die gestrichenen Bundes- und Kantonssubventionen kompensiert. Und zusätzlich muss noch ein gesonderter Betrag für die externen Spitex-Organisationen budgetiert werden, die wir ebenfalls dringend brauchen. Ich möchte allen, die einen Beitrag zur vorliegenden Leistungsvereinbarung geleistet haben, danken, vor allem aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Spitex für ihren vorbildlichen Einsatz in Allschwil und Schönenbuch. Die CVP-Fraktion stimmt dieser Leistungsvereinbarung zu.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion stimmt der Leistungsvereinbarung mit der Spitex Allschwil-Schönenbuch zu. Sie ist klar, detailliert formuliert und übersichtlich gestaltet. Zudem kann man dem ausführlichen Bericht gut entnehmen, warum die Kosten zugenommen haben. Die vorliegende Leistungsvereinbarung ist sicher als Standardmodell für weitere Leistungsvereinbarungen gut geeignet. Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung und freuen uns auf eine weitere Zusammenarbeit mit der Spitex Allschwil-Schönenbuch. Auch wir möchten an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön sagen an die Mitarbeiter, die das ganze Jahr hindurch eine grossartige Arbeit leisten.

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Auch die grüne Fraktion stimmt der Leistungsvereinbarung zu. Ich kann mich kurz fassen und mich allen Voten meiner Vorrednerinnen anschliessen. Wir möchten uns vor allem auch dem Dank anschliessen an alle, die daran beteiligt sind und in der Praxis immer damit arbeiten. Was ich auch noch erwähnen möchte, ist aus Sicht der GPK, dass es für uns recht schwierig war, eine gute Arbeit und eine gründliche Prüfung durchzuführen, weil wir unter extremer Zeitknappheit standen. Und ich möchte mir wünschen, dass das ein anderes Mal anders geplant werden könne. Ich glaube, es war vor allem dank dem guten Arbeitsklima und der guten Zusammenarbeit innerhalb der GPK möglich, das überhaupt in dieser Zeit zu leisten – auch in Wochenendarbeit vor allem von Seiten des Präsidenten und des Vizepräsidenten und des Protokollführers. – Die Grünen stimmen also zu.

Kathrin Gürtler, FDP/GLP-Fraktion: Auch die FDP/GLP-Fraktion stimmt der Leistungsvereinbarung mit der Spitex zu. Seit dem Abschluss der letzten Vereinbarung hat es wesentliche Änderungen gegeben, die auch schon genannt wurden: Wegfall der Bundes- und kantonalen Subventionen, dann Kosten, die durch Drittanbieter und den Einsatz ihres Fachwissens zustande kommen, und dann auch die Integration der Tagesstätte in die Spitex. Die Spitex erbringt eine sehr gute Leistung, die von ihren Kunden und Patienten sehr geschätzt wird. An dieser Stelle möchten auch wir der Spitex danken.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Von Seiten der SVP möchten wir Folgendes anmerken. Wir sind im Wissen, dass diese Leistungsvereinbarung dem Einwohnerrat vom Gemeinderat nicht hätte vorgelegt werden müssen. Wir schätzen es sehr, dass wir an diesem Prozess mitarbeiten durften. Damit überträgt der Gemeinderat automatisch einen gewissen Teil der Verantwortung auf uns, somit ist das breiter abgestützt, und deshalb erhält die ganze Leistungsvereinbarung sicher mehr Gewicht. Es wäre schätzenswert, wenn wir auch künftig derartige Leistungsvereinbarungen vorgelegt bekämen. Das ist ein ganz toller Zug des Gemeinderates und zeigt die gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament.

Felix Keller, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Lesung der Leistungsvereinbarung. Wir lesen die einzelnen Kapitel herunter. Wortmeldungen sind dann an Herrn Bieri zu richten.

[2. Vizepräsident Armin Bieri ruft die einzelnen Kapitel auf.]

1. Kapitel, Allgemeines

Keine Wortmeldung

2. Kapitel, Ziele, Aufgaben und Leistungen der Spitex

Keine Wortmeldung

3. Kapitel, Personelles

Keine Wortmeldung

4. Kapitel, Leistungen der Gemeinden, Finanzielles

Keine Wortmeldung

5. Kapitel, Controlling

Keine Wortmeldung

6. Leistungsstörungen und Konfliktregelung

Keine Wortmeldung

7. Vertragsdauer und Vertragsauflösung

Keine Wortmeldung

8. Schlussbestimmungen

Keine Wortmeldung

Felix Keller, Präsident: Damit ist die Beratung und Lesung dieses Geschäfts abgeschlossen. Ich frage Herrn Gemeinderat Julier an, ob er das Schlusswort möchte. – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über die Anträge des Gemeinderates. Sie sind auf Seite 9 des Gemeinderatsberichtes Nr. 3845. Der Gemeinderat beantragt Folgendes zu beschliessen:

1. Die vorliegende Leistungsvereinbarung mit dem Verein Spitex Allschwil-Schönenbuch als Leistungserbringer wird mit einer Jahrespauschale in Höhe von CHF 1'556'940.00 genehmigt.
--

Wer dem zustimmen kann, möge das bitte mit der Karte bezeugen.

://:

Einstimmig ja

2. Die Leistungsvereinbarung wird rückwirkend per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt.

://:

Einstimmig ja

3. Der Nachtragskredit für überkommunale Spitex-Leistungen von CHF 80'000.00 wird genehmigt und zu Lasten des Kontos 44-364.05 der laufenden Rechnung 2009 verbucht.

://:

Einstimmig ja

Schlussabstimmung:

://:

Einstimmig ja

442 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2
Teilrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates
Geschäftsvertretung: Präsident Kommission für
Gemeindeordnung und -reglemente, Geschäft 3784A**

Jürg Gass, Präsident der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente (Reglementskommission): Bis jetzt war ich es gewohnt, dass die Geschäftsvertretungen grundsätzlich beim Gemeinderat waren und die Kommissionen dazu dann einen Bericht abliefern. Für mich ist dies ein absolutes Novum, dass der Gemeinderat einmal Pause machen kann, weil die Kommission das Geschäft vertritt. Wir haben sozusagen unsere eigene Arbeit kontrolliert und kommentiert. Es gibt darum eben auch zwei Geschäfte. Das eine ist das Verfahrenpostulat, und das andere wäre dann die Teilrevision. Darum die beiden Geschäfte, die auf der Traktandenliste stehen.

Zur Sache. Das Postulat von Thomas Pfaff und Giulio Vögelin, das eingereicht wurde, war nicht das einzige. Die SVP hatte auch einmal gewisse Vorstösse in dieser Richtung eingegeben. Es hatte mehrere Punkte, bezüglich derer man immer wieder während der Sitzungen oder im Rat oder im Büro Unstimmigkeiten festgestellt hatte. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, diese Teilrevision durchzuziehen. In der Synopse können Sie die vorgeschlagenen Änderungen einsehen. Sicher gibt es beim einen oder anderen Paragraphen noch Diskussionen. Kurz ansprechen möchte ich noch den Hinweis im Bericht zu einer Totalrevision. Da stellt sich natürlich die Frage, warum macht man jetzt überhaupt zuerst eine Teilrevision, wenn man schon von der Totalrevision redet? Eine Totalrevision nimmt sehr viel Zeit in Anspruch. Laut unseren Informationen aus anderen Gemeinden kann es bis zu etwa zwei Jahren dauern, bis so etwas durchgearbeitet ist. Die Änderungen in der Teilrevision sollten unseres Erachtens aber möglichst rasch umgesetzt werden. Als Beispiel nenne ich da nur die Fragestunde. Vermutlich kämen wir ohne Teilrevision schon nach der Sommerpause wieder in den Clinch. Aber auch wie es mit der Behandlung von Vorstössen aussieht, wenn der Gemeinderat gewillt ist, sie zu übernehmen: Gibt es dann eine Eintretensdebatte oder gibt es keine? Wenn ja, wer redet zuerst, usw. Sie sehen, bei verschiedenen Punkten macht es Sinn, wenn sie so bald wie möglich definiert werden. Das Reglement soll uns ja helfen, den Ratsbetrieb reibungslos durchzuführen. Ein Reglement ist nur dann gut, wenn auch alle Eventualitäten berücksichtigt sind. Mir wurde zwar schon gesagt, das eine oder andere sei nicht so wichtig. Der Menschenverstand zähle ja auch noch. Aber es gibt eben Situationen, wo der Menschenverstand auf der Strecke bleibt, vor allem, wenn es um brisante Themen geht. Sehen Sie ein Reglement an wie die Gebrauchsanweisung eines Geräts: Meistens reicht der Kurzbeschreibung. Bei den meisten Fehlern läuft es damit. Bis es einmal Probleme gibt. Dann ist man froh, wenn man eine 200-seitige Gebrauchsanweisung hat, wo man jedes Detail nachlesen kann. Daher nochmals: Sagen Sie ja zu

dieser Teilrevision. So haben wir die schlimmsten Fehler erst einmal eliminiert, und dann kann man sich in Ruhe an eine Totalrevision machen. Diese Totalrevision werden wir – also die Kommission – bald einreichen, sicher schon auf die nächste Sitzung, aber nicht als dringlich. Zum Schluss noch mein Dank an alle Kommissionsmitglieder. Wenn die Postulanten gemeint hatten, man werde das Geschäft in der Kommission in einer bis zwei Stunden abwickeln können, dann haben sie nicht mit den Mitgliedern der Kommission gerechnet. Es war von Anfang an eine sehr gute Zusammenarbeit, auch der personelle Wechsel hatte überhaupt keinen Einfluss auf das Resultat. Es wurde sehr hart diskutiert. Man hat die einzelnen Punkte angeschaut. Und man findet auch jetzt immer wieder Sachen, wo man sagen könnte: Das müsste man ändern, jenes könnte man ändern. Es sind gestern noch Leute auf mich zugekommen und sogar heute. Aber da würde ich doch bitten, auf die Totalrevision zu warten, und dass wir jetzt nur auf die Punkte eingehen, die die beiden Postulanten gefordert hatten, und die so schnell wie möglich hereinnehmen. Und dass wir dann nach der Sommerpause mit den anderen Sachen anfangen.

Felix Keller, Präsident: Ich möchte noch darauf hinweisen, dass dieses Geschäft in einer Lesung durchgeführt wird, sofern es keinen gegenteiligen Antrag gibt. Denn gegen die Teilrevision kann auch kein Referendum ergriffen werden. Ist das Eintreten bestritten? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Detailberatung. Es ist so angedacht, dass Sie zuerst Voten zur allgemeinen Beratung abgeben können. Dann gehen wir die einzelnen geänderten Paragraphen durch und Sie können dazu dann noch ihre Voten abgeben. Gibt es Wortmeldungen zu dem Geschäft allgemein?

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich muss von mir aus gesehen sagen, ich bin nicht sehr zufrieden mit dieser Teilrevision. Die Änderungsvorschläge bringen eher eine Verschlimmbesserung. Die Terminologie ist uneinheitlich. Die Systematik ist ungenau. Und inhaltlich werfen die Anträge auch Fragen auf. Ich bedaure, dass die Kommission, wenn sie sich schon selbst kontrollieren muss, den Vorgang nicht wenigstens in die Vernehmlassung in die Fraktionen gegeben hat, um sich ein Feedback zu holen. Die Beratung sollten wir ja nicht mehr hier im Rat machen, sondern die sollte in der Kommission bereits erfolgen. Und es wird noch einige Anträge auf Änderung geben. Darum beantragen wir Rückweisung an die Kommission.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte auch ein paar Worte zu dieser ganzen Reglementsangelegenheit verlieren. Der Kommissionspräsident wies darauf hin, dass auch wir von der SVP Vorstösse eingereicht hatten. Wir waren eigentlich auch diejenigen, die den Stein ins Rollen gebracht hatten. Das Ganze hat eine lange Geschichte. Es hat angefangen ganz unkompliziert mit einer schriftlichen Anfrage an das Büro, wie das Büro es mit der Einhaltung des Reglements halte. Damals, unter der Führung des heutigen Gemeinderats Christoph Morat, kam dann so eine abschätzige Erklärung: Ja, ja, das müsse man nicht so eng sehen. Es ist ganz richtig, wenn es einen nicht direkt betrifft, dann kann man dieses Reglement auslegen, wie man es gerade will. Wenn es einen aber betrifft, dann ist man froh, wenn man sich auf den Buchstaben berufen kann. Ich habe daraufhin dann den normalen Weg beschritten, indem ich ein Verfahrenspostulat einreichte und den Wunsch äusserte, dass man das einmal überarbeitet. Ich habe damals nicht von einer Gesamterneuerung gesprochen, sondern von einer Überarbeitung. Und dies war eigentlich meine Idee, dass die Reglementskommission dieses Reglement einfach einmal unter die Lupe nimmt, und dass man dann die wichtigsten Punkte anpasst – nicht komplett. Damals, bei der Behandlung dieses Verfahrenspostulats – Überweisung oder nicht – hiess es dann ganz klar von Seiten des heutigen Gemeinderats Pfaff – Ihr seht, alle die damals gegen das Reglement waren, sind heute Gemeinderäte, also man muss gegen das Reglement sein, dann wird man Gemeinderat, aber so viel Sitze haben wir nicht zur Verfügung. Okay, ich komme zurück zur Sache: Damals hiess es von Seiten Thomas Pfaff; Nein, das ist nicht nötig, so eine eingehende Überprüfung und so eine Anpassung. Und Herr Beretta, der jetzt nicht mehr im Einwohnerrat ist, wies dann auch darauf hin, dass er im Jahr 2000 eine Gesamterneuerung gemacht habe, das sei noch nicht so lange her, und das brauche man nicht schon wieder. Diese Meinung teilte damals der Rat und überwies daher das Verfahrenspostulat nicht. Daraufhin führte ich mit Jean-Jacques Winter eine längere Diskussion. Er fragte mich, was ich jetzt zu tun gedenke. Und ich sagte ihm, ich würde nach den Sommerferien, in der neuen Legislatur, ein ganz konkretes Verfahrenspostulat einreichen, in der Form, wie es dann Thomas Pfaff noch kurz vor dem Ende seiner Zeit als Einwohnerrat einreichte, damit er sich damit noch ein Denkmal setzen könnte. Er nahm eine Menge Punkte hinein, die eigentlich ausgelöst worden waren durch mein Verfahrenspostulat. Aber es waren doch ganz, ganz wichtige Sachen nicht drin, die, falls wir jetzt eine Teilrevision vornehmen sollten, auch noch hineingenommen werden sollten. Es erfüllt mich natürlich schon mit Stolz, dass man jetzt doch eine Gesamtüberarbeitung dieses Reglements ins Auge fasst. Dies zeigt, dass meine Überlegung und mein Vorstoss also doch nicht falsch waren. Mir selber wäre es auch am liebsten, wenn das Reglement jetzt nicht im Rat teilrevidiert wird. Sondern mein Wunsch wäre es

wirklich gewesen, dass die Reglementscommission mehr daraus gemacht hätte. Grundsätzlich hat sie ja mehr getan, als sie tun sollte. Sie hätte ja nur einmal abklären sollen, ob es überhaupt Sinn gibt. Aber sie hat dann den nächsten Schritt gerade auch noch getan und nun eine Teilrevision vorgeschlagen. Wenn man die einzelnen Punkte jetzt anschaut, sieht man eben schon, dass sie nicht ganz durchdacht sind. Sie sind im Ansatz gut, aber in der Durchführung schlecht. Und es besteht schon die Gefahr, wenn man das so übernimmt, wie es in der Synopse steht, wird man bei einer Totalrevision Mühe haben, das schon wieder zu kippen. Denn dann wird das Argument kommen: Das hat man ja erst im Jahr 2009 teilrevidiert, und somit müsste man das eigentlich belassen. Grundsätzlich wäre es daher wirklich das Schlauste, wenn das Geschäft an die Kommission zurück ginge, und wenn die Kommission das Ganze nochmals eingehend beraten würde mit den Zusätzen, die aus den Fraktionen kommen. Dann würden wir heute Abend nämlich nicht Punkt für Punkt mit Anträgen arbeiten. Denn wenn wir mit einer Teilrevision anfangen, dann garantiere ich euch, das wird heute Abend das letzte Traktandum sein. Nicht weil ich irgendwie querschliessen möchte, sondern weil es einfach einige Punkte gibt, die dann eine Menge zu diskutieren geben, wenn wir sie anpassen wollen.

Felix Keller, Präsident: Bevor wir zum Rückweisungsantrag von Herrn Cedric Ross kommen, gebe ich das Wort dem Kommissionspräsidenten.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Es gibt zwei, drei Punkte, die mich ein wenig erstaunen. Wenn es etwas heisst, man hätte das in die Fraktionen bringen müssen: Auch die SVP hatte Mitglieder in der Kommission. Wir hatten ganz klar gesagt, es gibt keine Geheimhaltung. Wenn ihr Fragen habt, geht bitte in eure Fraktionen. Das ist mit anderen Worten also nicht gemacht worden. – Und wenn es heisst, wir seien weiter gegangen als die Anträge, so stimmt das nicht ganz. Ein Postulant hatte noch hineingeschrieben, wenn man es für nötig erachte, solle man diese Teilrevision grade vorschlagen. Das steht drin, wir sind also dem Auftrag gefolgt. – Und wenn es heisst, wir hätten auch noch mehr Dinge anschauen können – dann hätten wir tatsächlich die Totalrevision gehabt. Man kann nicht Punkt für Punkt durchgehen und sagen: Das ist gut – jenes ist nicht gut. Denn das ist dann eigentlich schon eine Totalrevision. Wir aber sind nur den Punkten nachgegangen, die der Postulant angegeben hatte. Wir haben uns genau auf das beschränkt, was er sagte. – Wenn es heisst, man müsse das „durchdenken“, dann ist das vielleicht in gewissen Köpfen so, dass man es durchdenkt. Aber ihr werdet dann sehen: Wenn man im Ratsbetrieb drinsteckt, dann gibt es immer wieder Punkte, wo man merkt, da ist eine Stolperfalle. Wir hatten immerhin eine Person unter uns, die beruflich tagtäglich mit Reglementen zu tun hat. So konnten wir uns sehr gut informieren, was in anderen Reglementen drinsteht. Wir konnten auch schauen, was in den Reglementen anderer Gemeinden steht und sind daher auf einem sehr guten Weg für eine Teilrevision. Diese Teilrevision, meine ich, sollte man jetzt nicht zurückweisen. Man kann sicher kleinere Änderungen anbringen, aber dann sind wir genau so weit wie bei einer Totalrevision. Dann kommt garantiert jedem noch das eine oder andere in den Sinn, wo er meint: So geht es nicht, ich hätte es lieber gern ein bisschen anders. Also wenn Sie es genau durchlesen, merken Sie, es ist keine „Verschlimmbesserung“, es ist einfach eine genauere Definierung, und wir regeln gewisse Sachen, die bis jetzt nicht geregelt sind. Darum mache ich Ihnen beliebt: Weisen Sie es bitte nicht zurück, sondern lassen Sie uns das behandeln.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Ordnungsantrag auf Rückweisung des Berichtes zum Geschäfts 3784A von Herrn Cedric Roos. Wer der Rückweisung zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Die Rückweisung wird mehrheitlich abgelehnt

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung. [Keine Wortmeldung] Wir kommen somit zur eigentlichen Lesung.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte ganz schnell auf das „Plaudern“ von vorhin zurückkommen. Ich habe den Bericht auch gelesen. Am Schluss kann ich feststellen, was die Kommission geschrieben hat: „Die Kommission beantragt einstimmig...“ Und dann schaue ich, wer alles dabei war in dieser Kommission und an den Sitzungen teilgenommen hat. Ich erschrak schon, als ich es

las: Ein Herr Wartenweiler, SVP, ein Herr Imhof, SVP, ein Herr Studer, SVP und ein Herr Zimmermann, SVP. Also die Hälfte derer, die an der Bearbeitung dieses Programms mitgewirkt haben, gehört der SVP an. Und jetzt wollt ihr das in Frage stellen. Grundsätzlich denke ich einfach: Klärt die Dinge untereinander, bevor ihr ein Papier unterschreibt und verabschiedet. Da hatte Herr Gass ganz recht. – Noch schnell ein Wort zur Totalrevision. Ich habe eine mitgemacht hier drin. Damals waren Herr Julier dabei, Herr Bodini, Herr Champion, Jacques Vogt. Wir haben Wochenenden lang an dieser Totalrevision gearbeitet. Es gab manches z'*Nüni* und manches Mal einen Mittags-Hock, um das durchzuziehen. Es ist nicht so easy, das zu machen. Und im Parlament ging genau das gleiche Gewitter noch einmal los, weil den Teil, der strittig war, entweder Herr Champion oder ich nochmals gebracht haben. Man kann nicht einfach sagen: Macht das mal so schnell-schnell. Wenn wir das anpacken, dann ist die Kommission längere Zeit intensiv beschäftigt. Aber jetzt, denke ich einfach: Steht zu dem, was ihr in der Kommission abgestimmt habt. Ich wäre froh, das erledigen zu können, einen wichtigen Teil; ich wäre froh um einen Entscheid des Parlaments.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Erstens zu den Ausführungen von Herrn Winter: Ich sass nicht immer dort drin. Anfänglich hatte es in dieser Kommission ganz, ganz anders getönt, als es jetzt da vorgelegt wurde. Wir hatten eigentlich von einer kompletten Überarbeitung geredet. Wir hatten sogar von fremden Gemeinden Informationen eingezogen. Man sagte: Wir nehmen das oder jenes Reglement und passen es an unseres an. Das war der Beschluss, den wir dazumal fassten, als ich noch dabei war. Und wenn man dann irgendwo etwas umdreht und macht und tut, dann bin ich darüber nicht mehr informiert. Ich wusste nichts davon. Ich kann dem hier nicht zustimmen. Es ist nichts von dem erfüllt, was wir anfänglich gemacht hatten.

Armin Bieri, 2. Vizepräsident: Herr Studer, zum Zweiten

Josua Studer, SVP-Fraktion: Nein, das ist jetzt zum Ersten. Das andere war vorher. Jetzt sind wir in der Detailberatung. – Lieber Jean-Jacques Winter, du als Methusalem solltest ja eigentlich wissen, wie das Ganze läuft. Es sind zwar vier Namen von der SVP drauf. Zwischenzeitlich aber, seit das Geschäft läuft, hatten wir hier drin Wahlgeschäfte, es kamen neue Leute in die Kommission. Und zwei von den vier sind nicht mehr dabei. Wie es Simon Zimmermann sagte: Wir waren am Anfang dabei, er und ich, und damals hat das wirklich anders ausgesehen. Dann war eine Pause. Dann kamen zwei andere Mitglieder von uns in die Kommission, und die wurden dann vor die Situation gestellt, wie sie jetzt ist, und konnten das eigentlich nur noch mittragen. Und somit konnte unsere Fraktion eigentlich nicht mehr gross Einfluss nehmen. Nachdem es jetzt so kam, war es dann einfach so. Darum waren wir ja in der Fraktion auch erstaunt, dass das jetzt so kam und man nur so eine Teilrevision machen will. Deshalb kam jetzt die Forderung nach Rückweisung. Und darum kam auch von mir die Wortmeldung, wonach das nicht durchdacht und nicht optimal ist. Das einfach nur zur Erklärung.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Nach diesen Voten muss ich staunen, dass jemand eine Unterschrift unter etwas setzt, mit dem er nicht einverstanden ist. Ich hätte sie dann nicht druntergesetzt. Ich habe den Prozess erst vom heutigen Abend her mitbekommen und sehe da ein Papier, das vorliegt, und unter dem x Namen stehen. Ich möchte auf das eingehen, was Josua Studer vorhin sagte, von wegen man würde gescheiter eine Totalrevision machen als so ein Stückwerk, das ihn zum Teil nicht überzeugt. Ich könnte es auch als Chance sehen: Eine Teilrevision jetzt – mit Sachen, über die sich nicht unbedingt alle einig sind, die die Kommission aber trotzdem empfiehlt – auszuprobieren als Testphase. Und bevor man dann eine Totalrevision macht, kann man dann über die einzelnen Punkte auch nochmals abstimmen und sagen: Nein, das hat sich nicht bewährt, das kippen wir wieder hinaus. Und dann ist es wieder draussen. Punkt.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Ich möchte mich ganz kurz halten. Ich war selber auch in dieser Kommission und durfte mitarbeiten. Wir haben diese Formulierungen sehr, sehr intensiv besprochen und immer wieder abgewogen: Soll man dies noch hinzusetzen, soll man jenes Verb noch ändern usf. Ich kann wirklich bestätigen, wir haben intensiv gearbeitet. Wir hatten in unserer Gruppe, wie ebenfalls schon gesagt wurde, auch eine Fachperson dabei. Und ich möchte auch betonen: Reglemente und Verträge werden in der Regel von Juristen und Juristinnen gemacht. Wir sind ein Laiengremium. Wir machen das nach bestem Wissen, mit all unserer Energie, wobei wir auch noch unsere Freizeit aufwenden. Und vor diesem Hintergrund finde ich, wir haben eine absolut gute Arbeit abgeliefert.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Herr Benz, mich würde wundernehmen, wo Sie meine Unterschrift sehen. Es ist lediglich ein Name aufgeführt und keine Unterschrift. [Zwischenruf: Das stimmt nicht.] Das einfach zur Richtigstellung.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Jetzt muss ich halt auch einmal etwas Grundsätzliches sagen. Wir haben Kommissionen. Ich bin selber Kommissionspräsident. Wenn wir hier in den Rat hineinkommen, haben wir Kommissionen, die vorberatend tätig sind. Sie sind nach Parteienproporz zusammengesetzt. Und dann sollen die hier hereinkommen und uns das Geschäft vorstellen. Und zuvor haben die Fraktionen Zeit. Herr Studer sagte es: Beim GPK-Bericht wurde die Zeit nicht ganz eingehalten, trotzdem vereinbarten wir in der Kommission, dass wir das Geschäft durcharbeiten. Wir haben es mit dem Gemeinderat besprochen – und die Leistungsvereinbarung ging heute Abend gut über die Bühne. Wenn wir jetzt die Kommission derart in Frage stellen, dann können wir gleich eine basisdemokratische Versammlung machen, und dann können wir 20 Jahre lang an diesem Reglement herumarbeiten. Denn jeder hat sicher noch eine gute Idee, und jeder kennt noch einen. Und dann gehen wir wieder hinaus, und dann kommen wir nach einem Monat wieder, und dann wissen wir wieder etwas Neues. Also: Entweder wir haben diese Kommission, und dann bringen wir dieses Geschäft hier herein und beraten es, oder wir sagen der Kommission: Wir nehmen es zurück. Aber so wie ich es verstanden habe, hat die Kommission das Geschäft hier eingebracht, wir hatten die Papiere, die Fraktionen konnten darüber befinden – und jetzt sollen wir es auch beraten.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen jetzt zur Lesung dieser Teilrevision.

[2. Vizepräsident Armin Bieri ruft die einzelnen Paragraphen auf.]

§ 40. Behandlung von Motionen und Postulaten, Ziff. 3.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich möchte gerade zur ersten Ungenauigkeit kommen. Und zwar steht da das Wort „Gegenantrag“. Sowohl beim Sachantrag, § 71, als auch beim Ordnungsantrag, § 72, wird immer von „Antrag“ geredet. „Gegenantrag“ ist eine Erfindung von Gemeinderat Pfaff in dem Papier, das er ausgearbeitet hat. Er ist zu ersetzen durch „Antrag“. Weiters müsste man den zweiten Teil in dem Satz ändern. „Gilt“ ist eine Fiktion, d.h. es wird nicht überwiesen, man tut nur so als ob. Es ist eine Fiktion. Das ist ebenfalls anzupassen.

Felix Keller, Präsident: Welches sind Ihre konkreten Anträge, Herr Cedric Roos?

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Meine konkreten Anträge sind: „Gegenantrag“ wird durch das Wort „Antrag“ ersetzt. Und der zweite Teilsatz „...gilt die Motion als überwiesen“ wird ersetzt durch „...wird die Motion überwiesen“

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung über diese Anträge. Ich wäre froh, wenn ich sie schriftlich hätte, das wäre für mich einfacher. – Wer das Wort „Gegenantrag“ durch „Antrag“ ersetzt haben will, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 15 Nein, bei 14 Ja und 6 Enthaltungen, abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Es bleibt also bei dem Wort „Gegenantrag“. Der zweite Antrag lautet, anstatt „gilt die Motion...“ soll es „wird die Motion überwiesen“ heissen. Wer dem zustimmen kann, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 15 Ja bei 12 Nein angenommen.

Felix Keller, Präsident: Sind Sie einverstanden, Herr Cedric Roos, dass es heisst „...wird die Motion überwiesen“, und das Wort „als“ gestrichen wird?

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ja

Felix Keller, Präsident: Danke schön. Also es heisst jetzt „...wird die Motion oder das Postulat überwiesen“ anstelle von „...gilt die Motion oder das Postulat als überwiesen“.

§ 40, 4.
keine Wortmeldung

§ 42, Interpellation, Ziff. 4.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Prinzipiell habe ich nichts gegen diese Teilrevision. Aber ich wundere mich, wieso da steht, dass man die Reihenfolge „sie“ und „er“ richtig herum vornehmen soll, dann aber die Reihenfolge im weiteren Verlauf des Textes immer umgekehrt ist, also zum Beispiel „der/die Motionärin“ usw. Da ist immer wieder die maskuline Form zuerst. Ich weiss nicht, ob das nur ein Detail ist... Ich hätte dazu gerne gewusst, wieso man das zuerst erwähnt und es nachher doch nicht durchführt.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Ich kann dazu sagen: Bei § 42 ist mir das nur deshalb aufgefallen weil dort – den Originaltext sieht man ja auf der linken Seite – bereits stand „Interpellatin oder Interpellant“, und dann steht „er oder sie“. Ich habe das nur dort kurz redaktionell geändert. Es hat nicht der gesamte Paragraph geändert; auf den Inhalt hat das keinen Einfluss. Mir war nur aufgefallen, dass „sie“ und „er“ dort eigentlich geändert werden sollten. Wir haben das nicht generell überprüft. Bei diesem Paragraphen war es eben aufgefallen. Dort ist es ins Auge gestochen. Sonst sollte eigentlich die Reihenfolge „er“ oder „sie“ stimmen. Wenn man zuerst von einer „Interpellantin“ spricht, sollte dann das „sie“ zuerst kommen. Das ist alles, was wir da geändert haben.

Felix Keller, Präsident: Sind Sie zufrieden mit dieser Antwort, Frau Selinger?

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ja.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zum restlichen Teil, zum dick gedruckten. Warum soll schlussendlich nur der Interpellant das Recht haben, Diskussion zu verlangen, und nicht jeder im Rat?

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Das wurde bis jetzt so gehandhabt. Wenn man Interpellationen hatte, fragte man immer zuerst den Interpellanten, ob er Diskussion verlangt. Anderenfalls gab es keine. Nur war das nirgends festgehalten. Wir haben jetzt festgehalten, dass es so ist, gemäss der gängigen Praxis, wie sie bisher bestand.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Dann würde ich vorschlagen, dass wir am heutigen Tag diese Praxis ändern. Denn ich finde, das ist eine Bevormundung des Rats. Wenn Diskussionsbedarf besteht, dann soll man das auch machen können.

Felix Keller, Präsident: Ich nehme keine Vorschläge entgegen; ich nehme nur Anträge entgegen.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich stelle Antrag auf Streichung dieses Satzes.

Felix Keller, Präsident: Welchen Satzes bitte?

Cedric Roos, SVP-Fraktion: ...des dick gedruckten.

Felix Keller, Präsident: ...des fett gedruckten? Okay. Der Antrag liegt vor. Der fett gedruckte Satz soll gestrichen werden. Wer dem zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

:::

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Wir haben gerade über einen Antrag abgestimmt auf Streichung dieses Satzes. Somit wollt ihr, dass der Satz drin ist. Man kann den Satz auch anders formulieren, nämlich dass von jedem Ratsmitglied ein Antrag auf Diskussion gestellt werden kann. Dann ist es auch ganz deutlich im Reglement. Ich bitte um Abstimmung über diesen Antrag.

Felix Keller, Präsident: Wie soll der Satz konkret heissen, Herr Studer? Können Sie ihn mir bitte schriftlich geben?

Josua Studer, SVP-Fraktion: Kann ich machen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Usus war es bisher immer, dass, wenn jemand als Interpellantin oder Interpellant Diskussion verlangte, der Rat dies genehmigte. Wenn aber die betreffende Person sagte: Nein, das ist für mich in Ordnung – dann war die Sache erledigt. Wenn er aber dann wirklich sagt: Ich will die Diskussion, dann war das Parlament kulant genug um zu sagen: Die betreffende Person ist noch nicht zufrieden, jetzt geht es weiter. Ich denke, das würde vollkommen ausreichen. Denn betroffen sind ja nur die Person, oder die zwei Personen, die die Interpellation gemacht haben, oder deren Umfeld, und nicht irgendwelche anderen Personen, die mit der gestellten Frage gar nichts zu tun haben.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich wollte nochmals das Gleiche sagen. Wir behandeln ja ein Anliegen von einer Person oder einer bestimmten Gruppe. Ich wusste nicht, dass wir hier drin so solidarisch sind, dass der ganze Rat dann plötzlich dieses Anliegen vertritt und auch eine Diskussion haben möchte. Da geht es doch im Einzelanliegen, und der- oder diejenige soll doch dann bestimmen können, ob es eine Diskussion gibt oder nicht. – Sorry, ich wollte es nicht künstlich verlängern.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte doch darauf hinweisen, Barbara Selinger, dass aus solch einer Beantwortung einer Interpellation auch bei einem anderen Ratsmitglied eine Frage entstehen kann. Warum wollen wir uns einschränken? Ich kann zwar den Ausführungen folgen, wonach es grundsätzlich die Sache des Interpellanten oder der interpellierenden Gruppierung ist. Aber das Ganze kann etwas auslösen, so dass unter Umständen die betreffende Person oder Gruppierung zufrieden ist mit der Beantwortung, dass aber bei anderen eine weitere Frage ausgelöst wird. So dass man eine weitere Interpellation verhindern könnte, wenn man die Sache gerade vor Ort im gleichen Moment fertig behandelt. Deshalb ist es gut, wenn aus dem Rat jemand Diskussion verlangen kann. Anderenfalls müsste man ja kurz ein Time-out nehmen und sich mit dem Interpellanten oder der interpellierenden Gruppe besprechen und sie bitten, dass sie diese Frage stellen, damit man zu Ende diskutieren oder fragen kann. Deshalb wäre meine Formulierung. „Eine Diskussion kann von jedem Ratsmitglied verlangt werden.“

Felix Keller, Präsident: Ich habe den Antrag jetzt schriftlich. Der letzte Satz würde neu heissen: „Eine Diskussion kann von jedem Ratsmitglied verlangt werden.“ Wer den fett gedruckten Satz mit diesem Satz ersetzt haben möchte...

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Das geht ja gar nicht. Denn der andere Satz, der da steht: „nur“ der Interpellant oder die Interpellantin kann eine Diskussion verlangen, und jetzt kommt noch ein anderer Satz dazu, wonach das alle können – also diese Katze beisst sich in den Schwanz.

Felix Keller, Präsident: Aber der fett gedruckte Satz würde doch gestrichen. – Ich bitte um Ruhe. Der Antrag von Herrn Josua Studer lautet: An Stelle des fett gedruckten Satzes „Eine Diskussion findet nur auf Antrag des/der Interpellanten/-in statt, sofern der Einwohnerrat einer solchen zustimmt“, möchte er den Satz haben: „Eine Diskussion kann von jedem Ratsmitglied verlangt werden.“ Das ist der Antrag des Herrn Josua Studer. Ist das richtig? Also, stimmen wir darüber ab.

://:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zu § 42? – Herr Cedric Roos, Sie hatten das Wort schon zweimal, Entschuldigung. Wir fahren weiter mit § 43.

§ 43, Dringliche Behandlung von Motionen, Postulaten und Interpellationen

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Jetzt darf ich ja wieder. Wir haben da eine Anpassung im zweiten Teil dieses § 43. Man müsste insofern folglich auch im ersten Teil „sofortige Behandlung“ ersetzen, damit das wieder übereinstimmt.

Felix Keller, Präsident: Ich brauche einen schriftlichen Antrag, Herr Cedric Roos.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich stelle Einen.

Felix Keller, Präsident: Dankeschön. Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir fahren weiter und kommen nachher nochmals auf § 43 zurück.

§ 43bis, Vertretung bei parlamentarischen Vorstössen

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich möchte auch dazu etwas sagen. Und zwar geht es hier um die Vertretung bei parlamentarischen Vorstössen. Das ist ein neuer Paragraf, 43bis. Die Systematik ist falsch gewählt. Das hat nichts mit dem § 43 „Dringliche Behandlung“ zu tun, sondern müsste als 40bis titulierte werden, wo es um die Behandlung von Motionen und Postulaten geht. Mein Antrag: 43bis streichen und durch 40bis ersetzen.

Felix Keller, Präsident: Darüber können wir jetzt abstimmen. Wer dem Antrag von Herrn Cedric Roos zustimmen möchte, wonach es statt „43bis“ „40bis“ heissen soll, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird angenommen.

§ 47, Fragestunde

Josua Studer, SVP-Fraktion: Bei § 47 fände ich es grundsätzlich richtig, dass das so formuliert würde. Ich wünsche aber noch einen Zusatz, den habe ich schriftlich: „Die Fragestunde dauert maximal 20

Minuten. Nicht beantwortete Fragen werden schriftlich nachgeliefert.“ Das findet man auch in anderen Einwohnerrats-Reglementen im Kanton Baselland. Das ist sehr empfehlenswert, wenn wir zurückdenken an jene Fragestunde, die wir hier drin hatten, wo wir aufgezeigt bekamen, wie viele Minuten wir pro Frage haben.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Wir haben in der Kommission hierüber geredet, und wir waren der Ansicht, dass wir das möglichst offen halten und diese Frage so formulieren, dass man das Quartal hat, da findet die Fragestunde statt, und wir machen keine weiteren Einschränkungen. Das war in der Kommission einstimmig.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Zur letzten Fragestunde, die so megalang wurde, gibt es zu sagen, dass vor dieser Fragestunde eine andere geplant gewesen war, aber ausfiel. Dadurch hatten wir einen Fragen-Stau und es kamen so viele, dass das jetzt wirklich ein Grund sein sollte, sie alle Vierteljahre durchzuführen. Ich würde die Formulierung so lassen.

Felix Keller, Präsident: Ich habe jetzt den schriftlichen Antrag von Herrn Josua Studer. Er lautet in Ergänzung zu Absatz 3 – „Pro Quartal findet mindestens eine Fragestunde statt“ –soll es heissen „Die Fragestunde dauert maximal 20 Minuten. Nicht beantwortete Fragen werden schriftlich nachgeliefert.“ Wer dem zustimmen kann, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 56, Einladung

Josua Studer, SVP-Fraktion: Hier haben wir ein Problem mit den Tagen. Bisher haben wir 14 Tage vor der Sitzung. Wir erhalten ja grundsätzlich die Unterlagen entweder am Freitag oder am Samstag, je nachdem, wo man im Alphabet eingereiht ist. Da finde ich es gefährlich, wenn man die Frist jetzt nur zwei Tage kürzer macht und sonst alles gleich lässt. Ich wünsche, dass man schreibt „elf Tage“ (also die Zahl von 12 auf 11 ändern) und schreibt „vor dem Sitzungstag“. Dann ist es klar kommentiert, dass der Tag – wie zum Beispiel heute Mittwoch – nicht mitgezählt ist. Anderenfalls ist nicht klar und deutlich, wie diese 12 Tage gezählt werden. Denn was heisst „vor der Sitzung“? Wenn man es so nehmen würde, dass der Tag vor der Sitzung gestern, Dienstag, ist, dann reicht es wieder nicht für diese 12 Tage, denn dann ist Samstag, dann sind es 11 Tage, dann haben wir wieder diese Problematik. Wenn wir es schon anpassen, dann sollten wir es so machen. Ihr habt nämlich an den Samstag gedacht. Aber mit 12 Tagen kommt man nicht auf den Samstag, sondern wir kommen auf den Freitag. Und dann haben wir schon wieder einen Konflikt. Darum würden wir gescheiter schreiben „elf Tage“ und „vor dem Sitzungstag“, dann ist klar, wie das gemeint ist.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Auf der rechten Seite sehen Sie ja „spätestens bis Freitag“. Wir wollen das bis Freitag vor der Sitzung. Dann haben wir nämlich Wochenende. Die meisten Leute gehen nämlich übers Wochenende weg und leeren ihren Briefkasten nicht. Darum sagen wir „12 Tage“, und das ist mit anderen Worten Freitag. Etwas anderes gibt es gar nicht. Also wenn wir auf 11 Tage gehen, dann haben wir einen Fehler drin. Dann sanktionieren wir den Samstag und sagen: Ja, ihr könnt uns bis Samstag etwas zustellen. Ihr wisst doch selber, wie ihr oft an den Samstagen unterwegs seid. So gönnt euch doch die Wochenenden. Wir wollen das bis Freitag, Dankeschön!

Felix Keller, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich habe den Antrag schriftlich. Der Antrag von Herrn Josua Studer lautet „Die Einladungen werden zusammen mit der Traktandenliste sowie den dazugehörigen Akten und Unterlagen mindestens elf Tage vor dem Sitzungstag zugestellt.“ Wer dem Antrag zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Mittlerweile ist der schriftliche Antrag zu § 43 eingetroffen. § 43 soll abgeändert werden: „...wird mit dringlicher Behandlung eingeleitet“ anstatt der jetzigen Formulierung „...sofortige Behandlung“. Ist das der Antrag, Herr Cedric Roos?

Felix Keller, Präsident: Ich wiederhole es nochmals. § 43 heisst ja in der Teilrevision: „In diesem Fall hat der Gemeinderat noch an der gleichen Sitzung Stellung zu nehmen“. Und Herr Cedric Ross beantragt, dass der Satz ersetzt wird mit: „wird mit dringlicher Behandlung eingeleitet“, anstatt der jetzigen Formulierung „sofortige Behandlung“. Ich verstehe es zwar nicht ganz. Aber wir können ja darüber abstimmen.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Es handelt sich dabei um den ersten Satz, der nicht erwähnt ist auf der Synopse... ja habt ihr das Reglement nicht dabei?

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Speziell an dich, Cedric Roos. Ich denke, du machst ja jetzt dann, oder wann auch immer, den Abschluss in Jus, und ich gar nicht. Ich werde ihn auch in diesem Leben nicht mehr machen. Darum werde ich, und das wird auch in nächster Zukunft so sein, nicht innerhalb von zwei Minuten einfach sagen können, ob das nun richtig ist oder falsch. Um das vorzubereiten, hatten wir die Kommission. Ich hatte keine Zeit, um mir das jetzt zu überlegen. Ich werde keinem einzigen Antrag zustimmen.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte dem beipflichten. Ich finde das einfach nur noch frech und unkollegial und völlig... also, es bringt einfach nichts, diese ewige Diskussion wegen Buchstabenspalterei. Und wie gesagt, mindestens zwei Kommissionsmitglieder waren von der SVP, also mindestens „zu zwei“ hätte die Abstimmung in der Kommission ausfallen müssen. Es wurde aber „zu null“ abgestimmt. Ich finde, es untergräbt jede Kommissionsarbeit, wie jetzt diese Schrift, dieses Werk untergraben wird.

Felix Keller, Präsident: Also stimmen wir ab über diesen Antrag. Ich habe einen schriftlichen Antrag auf dem Tisch.

[Durcheinanderreden]

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: Ich mache es kurz. Ich hätte eine Bitte an die SVP: Delegiert bitte kompetente Leute in die Kommissionen, damit nicht ein ganzer Einwohnerrat mit entsprechenden Sitzungsgeldern derartige Sachen diskutieren muss, sondern dass das vorher geklärt ist. Mir graut, wenn ich anfangs auszurechnen, was wir hier wegen solcher Sachen „versitzen“. Merci. – „Geschätzte Anwesende“ hatte ich vergessen, sorry.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich wollte genau darauf jetzt kommen. Barbara Selinger, einen solchen Ton müssen wir uns nicht gefallen lassen. Liebe Franziska, es ist nicht in Ordnung, wenn man uns jetzt unterstellt, wir würden Wortklauberei betreiben. Wir hatten die Idee vorgebracht, dass das in die Kommission zurückgehen soll, damit die das nochmals anschaut. Denn wir hatten gesehen, dass da eine Menge Böcke drin sind. Und das ist richtig, man kann sich, je nachdem, nicht innerhalb von zwei Minuten entscheiden, und deshalb wollten wir das zurückweisen. Ihr wolltet es nicht. – Dann zu dir, Rita: „Schick kompetente Leute in diese Kommission“. Ich erachte mich als sehr kompetent. Ich hatte dieser Kommission angehört. Ich hatte dem Einwohnerrat ganz klar gesagt, unter welchen Bedingungen ich dort bleiben würde. Ihr wolltet das nicht. Ihr wusstet, wenn ihr den Peter von Arx hineinwählt, dann bin ich nicht mehr drin. Das Resultat haben wir heute in Händen, dass der von Arx drin ist und der Studer nicht mehr. Und jetzt müsst ihr das ausbaden. Ihr wusstet das. Wir hatten euch das klar gesagt. Und ihr habt das Wahlgeschäft durchgeführt und habt die Verantwortung für die Misere.

Felix Keller, Präsident: Dankeschön, Herr Studer, kommen wir zur Sache. Wir wollen über den Antrag abstimmen. Ich habe den Antrag schriftlich. Er lautet: „§ 43 wird mit <dringliche Behandlung> eingeleitet

anstatt der jetzigen Formulierung <sofortige Behandlung>“. Das ist der schriftliche Antrag. Über den stimmen wir ab. Wer dem zustimmen will, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 65, Sanktion gegenüber Ratsmitgliedern

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben einen Antrag vorbereitet und auch eine Folie machen lassen. Darf ich sie schnell haben – Und zwar beantragen wir zum einen, dass man zur besseren Leserlichkeit den § 65 in zwei Absätze unterteilt lässt. Und im Absatz 1 müsste man den letzten Satz streichen, nämlich „bei fortgesetzter Störung kann der Rat mit einer 2/3-Mehrheit ein Mitglied von der Sitzung ausschliessen“, denn sonst würde sich das mit unserem Antrag für den Absatz 2 beissen. Wir sind der Meinung, dass sich die Kompetenz zur Ordnungswahrung im Einwohnerrat nicht bei einer 2/3-Mehrheit des Einwohnerrates liegt, sondern beim Präsidium. Darum muss die Präsidentin oder der Präsident die Befugnis haben, zu diesem letzten Mittel zu greifen, nämlich jemanden für die restliche Dauer der Sitzung auszuschliessen. Das entspricht auch der Regelung, wie sie für den Nationalrat gilt. Das kann man dort in Art. 13 des Parlamentsgesetzes nachlesen. Wir beantragen daher, dass der Abs. 1 belassen wird mit Ausnahme des letzten Satzes. Und der zweite Absatz würde dann neu hinzugefügt werden, so dass es heisst: „Bei fortgesetzter Störung kann der Präsident oder die Präsidentin das Mitglied für die Dauer der Sitzung von der Einwohnerratssitzung ausschliessen.“ Wir sind auch der Meinung, dass der letzte Satz belassen werden sollte: „Im Falle der Ruhestörung ist die Präsidentin oder der Präsident befugt, die Sitzung zu unterbrechen.“ Ich meine, das ist eine Selbstverständlichkeit. Denn der Präsident muss dann auch schauen, dass wieder Ruhe einkehrt.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Mit dem letzten Satz betr. die Unterbrechung kann ich gut leben. Das ist eigentlich kein Problem. Über das andere haben wir auch diskutiert, wie wir das mit der Sanktion hineinbringen können. Bis jetzt steht etwas drin, das eigentlich null Wirkung hat. Einen Protokolleintrag, ich habe mich erkundigt, hat es noch nie gegeben, und das kümmert vermutlich auch keinen Menschen, wenn das je gemacht wird. Wir haben neu hineingenommen, dass man jemanden hinausweisen könnte. Es wurde gesagt, das solle einstimmig sein, aber das ist schwierig, denn mindestens eine Person aus einer Fraktion wird garantiert immer dagegen stimmen, das ist einfach so. Beim einfachen Mehr könnte es sein, dass es mal ein wenig ausartet, wenn das Gewicht nach links oder rechts oder weiss ich wie fällt. Wir fanden dann, bei einem 2/3-Mehr braucht es doch auch noch Leute aus den eigenen Reihen, die sich gestört fühlen. Und darum haben wir diese 2/3-Mehrheit vorgeschlagen. Das andere, weiss ich, wird vom Landrat übernommen. Auch der Nationalrat hat ein bisschen ein anderes Vorgehen. Dort kann der Präsident im Alleingang sagen: So, jetzt ist fertig. Ob das bei uns sinnvoll ist – ich weiss es nicht. Darüber dürft ihr ruhig entscheiden. Aber Sanktionen müssen diesmal einfach hinein, denn das hat bei uns schlichtweg gefehlt.

Peter von Arx, FDP-Fraktion: Wir haben eingehend, wie du sagtest, über diesen Punkt diskutiert, und wir haben auch in der Fraktion diskutiert. Wir wären eigentlich dafür, dass man den letzten Satz streicht „Bei fortgesetzter Störung...etc. mit 2/3-Mehrheit ausschliessen“. Denn wir sind der Meinung, die Leute sind ja vom Volk gewählt, und die Stimmverteilung könnte doch auch bei einer Abstimmung falsch sein. Aber wir wären dafür, dass man den Artikel 2 „als Disziplinar-massnahme... usw.“ beibehalten würde. Das ist unser Antrag.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich muss jetzt nochmals auf das von vorhin zurückkommen. Ich muss jetzt sagen: Juristerei ist wirklich eine Haarspalterei. Das ist so. Reglemente sind genau dazu da, um präzise und bestimmt zu sein. Ich hatte ganz am Anfang der Diskussion den Antrag auf Rückweisung an die Kommission gestellt. Wenn mir das nicht gewährt wird, habe ich jetzt wenigstens die Anhörung aller meiner Anträge zu bekommen. Ob ihr zustimmt oder nicht, das ist eure Sache. Aber ihr müsst mich anhören. – Zu der Sache mit diesen 2/3 muss ich sagen: Das ist grundsätzlich absolut unnötig, weil das bereits jetzt möglich ist. Und zwar kann der Einwohnerrat gemäss § 90 Abs. 2 plus/minus machen, was er will mit einer 2/3-Mehrheit. Ich finde es schade, wenn ihr bei einer Revision des Geschäftsreglements das Geschäftsreglement nicht dabei habt. Ich stelle Antrag, den § 65 so zu belassen, wie er vorher war. Ich bin dafür, dass die Kommission bei einer späteren Ausarbeitung die Sanktionen allgemein überdenkt.

Felix Keller, Präsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen. Ich habe jetzt also 3 Anträge. Der Antrag der SVP – ist das richtig? – lautet, dass man den § 65 belässt. [Wird bejaht] Dann habe ich zwei Anträge von CVP und FDP, die den letzten Satz betreffen und wo an einen Ersatz gedacht ist. Und dann haben wir noch den Antrag der SVP, dass man den Paragraphen so belässt, wie er heute ist. Wir stimmen jetzt zuerst über die beiden Änderungsanträge ab, um sie gegeneinander auszumehren. Den Antrag der CVP sehen Sie auf der Folie. Das heisst: Der letzte Satz wird gestrichen, und es gibt einen neuen Absatz Nr. 2, der lautet: „Bei fortgesetzter Störung kann der Präsident das Mitglied für die Dauer der Einwohnerratssitzung ausschliessen. Im Falle der Ruhestörung ist die Präsidentin oder der Präsident befugt, die Sitzung zu unterbrechen.“ – Der Antrag der FDP lautet: Der letzte Satz wird gestrichen, und Absatz 2 wird so, wie er ist, belassen. Ist klar, worüber wir abstimmen? Wir stimmen ab über den Antrag CVP gegen den Antrag FDP. Wer dem Antrag CVP zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen... Ich muss noch Folgendes sagen: Wir werden den Antrag, der obsiegt, nachher noch gegen die Version der Teilrevision ausmehren. Einverstanden? Also, wir stimmen zuerst ab über den Antrag CVP gegen den Antrag FDP. Dann stimmen wir über den Antrag SVP gegen den obsiegenden Antrag ab. Und dann den obsiegenden gegen die Version Teilrevision. Einverstanden? – Kompliziert. Nachher machen wir Pause.

Also nochmals: Antrag CVP gegen Antrag FDP.

://

Mit Stichentscheid des Präsidenten obsiegt der Antrag der CVP.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Antrags der CVP gegen den der SVP.

://

Der Antrag CVP obsiegt mit 11 : 10 Stimmen

Felix Keller, Präsident: Damit steht jetzt der CVP dem Antrag der Teilrevision gegenüber.

://

Der Antrag Teilrevision obsiegt.

Felix Keller, Präsident: Damit ändert sich nichts.

PAUSE

Felix Keller, Präsident: Ehe wir mit der Lesung der Teilrevision weiterfahren, haben wir noch das Info-Fenster des Gemeinderats Gemeinderat Heinz Giger hat das Wort gewünscht.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS:

Gemeinderat Heinz Giger, Vorsteher Departement Bildung – Erziehung – Kultur: Ich darf Sie über den Stand der Dinge im Bereich familienergänzende Angebote in Allschwil informieren. Sie kennen zwei Sachverhalte. Das Eine ist, dass es ab August einen Tageskindergarten gibt. Und das Zweite, dass der Gemeinderat ein Strategiepapier herausgegeben hat. Zum Tageskindergarten: Im August wird er eröffnet. Das gibt einen grossen Anlass mit Regierungsrat und allem. Darüber werden Sie dann noch ein bisschen mehr lesen. Aber es geht darum: Sie wissen, es gibt Tageskindergärten im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung; und Sie haben entschieden, dass es diesen gibt. Zum Strategiepapier des Gemeinderats, da geht es darum: Für die Umsetzung des bereits vorhandenen Konzepts hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, dass die Tagesschule auf Primarschulstufe als bedarfsgerechtes Tagesschulangebot geprüft wird. Es steht da deutlich: „Allschwil verfügt über ein ausreichendes und vielfältiges familienergänzendes Betreuungsangebot.“ Über die Entwicklung der

Schule oder an der Schule haben Sie in letzter Zeit sehr viel gehört. Das ist auch etwas, womit sich der Gemeinderat beschäftigen muss, mit dem Bau oder der Sanierung von Schulhäusern. Wir beschränken uns darauf, dass es klug ist, sich auf mögliche Szenarien vorzubereiten. Die Vorbereitung auf die Tagesschule, oder auf eine mögliche Tagesschule, unter der Leitung der Exekutive, auch als Weiterführung des Tageskindergartens, sieht der Gemeinderat als sinnvolle Vorbereitung auf eine Entwicklung an. Letztlich besteht Einigkeit, dass es sich um Wirtschaftsförderung, Standortattraktivität und letztlich auch um familienfördernde Massnahmen handelt, um ein familienergänzendes Betreuungsangebot. – Bitte Folie 2: Der Projektauftrag des Gemeinderates heisst: bedarfsgerechte Tagesschule auf Primarschulstufe. Der Gemeinderat hat letzte Woche darüber beschlossen. Das Projekt hat folgende Eckdaten: Es gibt ein Projektteam, das aus den beiden Departementsvorstehern BEK und Hochbau besteht, also aus Christoph Morat und mir, plus den entsprechenden Hauptabteilungsleitern Charlotte Weishaupt und Walter Stammbach. Es ist bei diesem fixen Projektteam eine Person aus dem Schulrat dabei – Primarschulkindergarten – und aus der Schulleitung ebenfalls eine Person. Ich wollte gern, dass das Projektteam erweitert wird. Dem hat der Gemeinderat zugestimmt, so dass aus jeder Fraktion eine Person dabei ist, aus der Lehrer/innenschaft Primarschule und Kindergarten ebenfalls. Und auf Antrag der Projektleitung, also von mir, soll auch der Hauptabteilungsleiter Finanzen von Zeit zu Zeit dabei sein. Der Gemeinderat findet es ebenfalls wichtig, dass über die Finanzen geredet wird. Allenfalls möchte ich, dass auch Fachleute aus der Region – Baselland, Basel-Stadt, Aargau – dabei sind. Das heisst, im Aargau gibt es jetzt niemanden mehr, der über diese Möglichkeiten mit uns reden möchte. Ein Teil von Ihnen hat eine Einladung erhalten zu seiner so genannten Kick-off-Sitzung, bei der alle hier Erwähnten dabei sein sollen. Sie ist nächsten Dienstag um 9 Uhr. Ziel dieser Teilgruppierung ist es, innerhalb eines Jahres dem Gemeinderat ein fix und fertiges brauchbares Konzept zu unterbreiten, so dass man nach den Sommerferien des kommenden Jahres hier dem Einwohnerrat unterbreiten kann, sollte der Gemeinderat zugestimmt haben. Am Schluss entscheidet der Einwohnerrat. So viel zu diesem Projektauftrag des Gemeinderates. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Felix Keller, Präsident: Gibt es noch weitere Informationen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Dann fahren wir weiter mit § 66

§ 66, Redeordnung

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Diesmal nur etwas ganz Kleines. Das „Vorlesen“ ist gross zu schreiben.

Felix Keller, Präsident: Dankeschön, ja, das ist richtig. Darüber müssen wir nicht abstimmen, das ist nur eine redaktionelle Korrektur. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion stimmen diesem § 66 grundsätzlich zu. Wir schlagen noch vor, dass man bei der Rednerreihenfolge eine kleine Änderung vornimmt, indem der Gemeinderat vor dem Antragsteller an die Reihe kommt. Wir haben dazu auch eine Folie vorbereitet. Man sollte die Rednerreihenfolge entsprechend verändern, auch vor dem Hintergrund, dass die Kommission und der Gemeinderat ja in der Regel einen Bericht verfasst haben und darum auch zuerst zu Wort kommen sollten. Wir schlagen des Weiteren vor, dass man den Abs. 3 dahingehend ändert, dass es heisst: „In der Regel wird einem Ratsmitglied zum gleichen Gegenstand nur zweimal das Wort erteilt. Die Antragstellerin oder der Antragsteller sowie der Kommissionsreferent oder die –referentin und der zuständige Gemeinderat, sind von dieser Bestimmung ausgenommen“. Dies um klarzustellen, dass Kommission und Gemeinderat mehr als zweimal reden können.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Zur Rednerreihenfolge hätte ich folgenden Vorschlag – so haben wir es schon bis anhin gehandhabt – dass man eine Rednerreihenfolge hat und sich untereinander abspricht, je nach Geschäftssituation. Es kam auch schon vor, dass der Gemeinderat vor dem Kommissionssprecher redete, umgekehrt auch vor dem Antragsteller – je nachdem, was anliegt. Ich denke, dass die Rednerreihenfolge, wie sie von der Kommission vorgeschlagen wird, gut wäre. Man könnte das einfach ergänzen: „Auf Antrag kann von dieser Reihenfolge abgewichen werden“. Das heisst, die Betroffenen sollten sich untereinander absprechen, wie sie die Reihenfolge wollen, damit es eine gute Geschäftsabwicklung gibt. Zum Vorschlag § 66 Abs. 3 fände ich den Vorschlag der CVP eine sehr gute Wortwahl.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Zum Ersten: Damit könnte ich leben. Wir kamen auf unseren Vorschlag anhand der ersten Redeordnung. Dort, im alten Paragrafen, war nämlich der Gemeinderat gar nicht erwähnt. Das wollten wir klarstellen. Aber was den Zusatz angeht – ich würde eher den Zusatz nehmen, den Josua Studer nannte. Man kann es absprechen. Es gibt vermutlich Geschäfte, wo man das machen kann. Mit dem könnte ich selber gut leben, das ist meine persönliche Ansicht. Was das Zweite angeht, da waren wir der Meinung, der Kommissionssprecher – gut, ich rede jetzt auch schon ein paar Mal, aber das hat einen anderen Grund, ich rede zu jedem Punkt – normalerweise seinen Bericht verliest und dazu redet; und danach ist es eigentlich Sache des Rats, darüber zu diskutieren. Warum sollte denn der Kommissionssprecher – ausser er wird etwas Spezielles gefragt, aber das ist ja relativ selten – das Wort unbedingt mehrmals ergreifen dürfen? Darum waren wir der Meinung, zwecks Straffung, damit da nicht weiss ich wie viel geredet wird, sollte auch der Kommissionssprecher höchstens zweimal reden. Also, ich würde vorschlagen, den zweiten Teil nicht zu nehmen, aber mit diesem Zusatz kann ich sehr gut leben.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir zuerst über den Antrag der CVP ab, den Antrag der CVP zur Rednerreihenfolge. Wer dem zustimmen möchte, dass der Gemeinderat vor dem Antragsteller kommt, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird abgelehnt mit 17 Nein, bei 13 Ja und 5 Enthaltungen.

Felix Keller, Präsident: Wir haben einen weiteren Antrag für Absatz 3. Hier gibt es den Antrag der CVP, dies zu ergänzen mit „die Kommissionsreferenten / -innen sowie der zuständige Gemeinderat“. Wer dem zustimmen kann, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird angenommen.

Felix Keller, Präsident: Damit habe ich keine schriftlichen Anträge mehr. [Inoffizielle Diskussion darüber, ob das Votum Josua Studer einen Antrag oder nur einen Vorschlag oder Wunsch enthielt.] Worüber sollen wir abstimmen? Es gibt keinen Antrag. – Also, es gibt jetzt einen schriftlichen Antrag der SVP, diesen Zusatz aufzunehmen: „Auf Antrag kann von dieser Reihenfolge abgewichen werden.“ Wer dem zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 14 Ja bei 8 Nein angenommen.

§ 67, Eintretensdebatte

keine Wortmeldung

§ 70, Einzelberatung

Josua Studer, SVP-Fraktion: Also das mit dieser Rednerliste sollte durch den Präsidenten beschlossen werden. Der sagt, wann das fertig ist.

Felix Keller, Präsident: Wir sind bei § 70. Geht es Ihnen um § 67? Dann bitte ich um einen schriftlichen Antrag, falls es einen Antrag gibt. – Wir fahren weiter mit § 70.

keine Wortmeldung

§ 73, Schlusswort

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion beantragt, dass man bei § 73 den Abs. 1 so belässt, wie er jetzt ist, nämlich dass der Antragsteller auf jeden Fall das Schlusswort hat.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage zu § 73: „Wenn niemand mehr das Wort verlangt, erklärt die Präsidentin oder der Präsident die Diskussion für geschlossen“ – das ist eigentlich klar. Dann kommt „Danach kann das Wort zur eben diskutierten Sache nicht mehr verlangt werden“. Was zu ist, ist zu. Warum verkompliziert man etwas, wenn es einfach schon klar ist?

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Dankeschön. Wir haben das heute schon einmal erlebt, dass irgendetwas abgeschlossen war. Und dann streckt noch einer auf und meint: Moment, ich wollte doch auch noch schnell, und ich habe es schnell verschlafen... Nein, da muss man eben aufpassen. Wenn es erklärt ist, wenn es gesprochen ist, dann ist es erledigt, und dann muss man nicht mehr hintennach kommen wollen und aufstrecken und sagen: Jetzt ist mir auch noch etwas in den Sinn gekommen. Deswegen wollten wir das hereinnehmen, damit man das abklemmen kann. – Dann zum Schlusswort: Es ist richtig, dass eigentlich der Antragsteller noch etwas sagen kann. Aber wir haben eben auch Folgendes festgestellt: Wenn eine Diskussion ist, darf der Antragsteller ja mehr als zweimal reden. Da kann man ja dann in die Runde schauen, und meistens sagt ja dann der Präsident „Die Rednerliste ist erschöpft.“ Wenn der Antragsteller dann noch etwas sagen will, dann soll er aufstrecken. Bei einem Abbruch, das haben wir ganz klar gesagt, hat er auf jeden Fall nochmals das Wort. Aber eigentlich ist jeder hier drin soweit, dass er – wenn er merkt, dass sonst niemand mehr etwas sagt und ihm als Antragsteller noch etwas auf der Zunge liegt – sich melden kann. Dann kann er reden; oder es auch bleiben lassen. Anderenfalls passiert nämlich genau das wie beim Ende der Diskussion: Man denkt, es ist endlich fertig, und dann kommt doch noch jemand und sagt, ich hätte doch noch schnell etwas zu sagen. Das wollen wir ein bisschen straffen und die Leute sensibilisieren, dass sie bei der Sache sind und besser zuhören.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der CVP. Der Antrag lautet, die bisherige Version zu belassen. Wer dem zustimmen möchte, möge das mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag der CVP wird abgelehnt.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen noch zu § 73 Abs. 2. – Es gibt kein Wortbegehren. Dann zum Schluss noch Anhang I mit dem Zusatz „Der Verteilschlüssel wird für jede Kommission und jede Behörde einzeln angewendet.“. – Kein Wortbegehren. Dann wären wir am Ende dieser Lesung...

Josua Studer, SVP-Fraktion: Tut mir leid, ich hatte das vorangekündigt, dass noch zusätzlich Anträge kommen, die nicht im Bericht der Kommission enthalten sind. Ich bin davon ausgegangen, dass wir das jetzt einfach einmal durchgehen und anschliessend die weiteren Artikel noch etwas genauer anschauen. Dazu habe ich eine Folie. Sie sehen, als Erstes müssten wir noch § 14g besprechen. Dort wird umschrieben, dass das Büro Termine festlegt für die ordentlichen und ausserordentlichen Sitzungen. Aber es wird nirgends bestimmt, was mit den Daten passiert, die man festgelegt hat und dann nicht einhalten will. Es ist laut unserem Reglement niemand befugt, diese Daten abzusetzen. Somit möchte ich angefügt haben: „und bestimmt deren Durchführung“. Somit kann das Büro jederzeit entscheiden, dass ein festgelegter Termin gestrichen wird. Bis jetzt haben wir das einfach so gemacht und es hat niemand reklamiert. Aber es ist nicht rechtens.

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Ich hoffe, dass ihr den Antrag ablehnt und dass wir diese Diskussion abrechnen können. Tatsache ist, dass wir zu diesem Verfahrenspostulat reden und über die Teilrevision. Und das geht ja schon langsam Richtung Totalrevision. Wenn jetzt jeder auch seinen Paragraphen hervorholt, den er gern ändern würde, dann sind wir nämlich übermorgen noch hier. Und ich freue mich auch schon auf die Totalrevision. Wenn wir 90 Paragraphen so durchkauen, dann freue ich mich auf eine Woche mit euch zusammen. Ich stelle daher den Antrag, gar nicht darauf einzugehen, sondern gerade im Tagesgeschäft weiterzugehen, nämlich zu den Abstimmungen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle einen Antrag. Ich mache ihn nachher auch noch schriftlich: Jetzt abrechnen, alles was jetzt noch kommt, an die Kommission verweisen. Und aufhören mit diesem Geschäft.

Felix Keller, Präsident: Das ist der gleiche Antrag, nehme ich an, wie der von Jürg Gass: dass wir nicht darauf eingehen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich finde das jetzt gar keine tolle Variante. Ihr wisst ja gar nicht, was da noch alles kommt, es sei denn, ihr hättet das schnell überfliegen können. Ihr alle wolltet keine Rückweisung und wart der Meinung, dass man wichtige Sachen jetzt hineinnimmt. Bei einer Totalrevision hinterfragt man nämlich das Allgemeine eines Reglements. Jetzt waren wir dabei, einzelne Punkte anzupassen. Wenn ihr jetzt der Meinung seid, wie es der Kommissionspräsident sagte, es sei nicht nötig, dieses und jenes auch noch zu behandeln, dann muss ich sagen: Dann wäre der grösste Teil bisher auch nicht nötig gewesen. Ich finde es einen absoluten Affront, wenn man jetzt einfach sagt: Wir streichen das jetzt. Klar, ihr habt das Anrecht, einen Ordnungsantrag zu stellen. Aber das zeigt doch einfach ganz genau, dass ihr nicht wirklich bei der Sache seid und dass ihr das eine sagt, aber das andere tut.

Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion: In dem Verfahrenspostulat, das vor einem Jahr hier gestellt wurde, ging es klar darum, die grössten Problempunkte zu bereinigen, die wir im Laufe der letzten paar Jahre während der Einwohnerratssitzung bemerkt hatten. Es sind einige zusammengekommen, das stimmt, aber es geht tatsächlich um eine Teilrevision. Es ist nicht eine volle Revision, oder eine halbe, vom gesamten Regelwerk, das wir haben. Aufgrund dessen möchte ich mich dem anschliessen, was der Kommissionspräsident sagte. Ich stelle den Antrag – ich wiederhole ihn eben jetzt auch nochmals, ich wiederhole zwar nicht gern Sätze, die andere, jedenfalls vom Inhalt her, schon gesagt haben – hier abzuklemmen. Denn: Es ist eine Teilrevision. Es ging um die grössten Knackpunkte und nicht um alle Details. Es ist ganz klar, man könnte in jedem einzelnen Artikel oder Paragraphen noch Probleme finden und verbessern, und dann sind wir tatsächlich länger daran, als wir wahrscheinlich möchten.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Geschäft abgeschlossen ist. Was ich zu Hause gelesen habe, wurde vorhin detailberaten. Jetzt geht es um etwas Neues. Das Geschäft 3784 ist abgeschlossen.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Barbara Selinger, das ist ja schön, dass du so viel Macht hast, um zu bestimmen, was hier drin läuft. Wir hatten bei diesem Geschäft auch zusätzliche Anträge hereingenommen, die nicht darin enthalten gewesen waren, und wir haben darüber diskutiert. Ich möchte euch nur darauf hinweisen, dass das für mich effizient wichtige Teile sind, die in eine Teilrevision hineingehören. Denn mit dieser Teilrevision möchtet ihr ja eigentlich ein handfestes momentanes Reglement machen. Und bis jetzt haben wir es in den Bürositzungen jeweils so gehandhabt, dass wir sagten: Bis diese Teilrevision oder gegebenenfalls eine Gesamtrevision dieses Reglements im Rat beraten wird, nehme ich mich zurück mit der Genauigkeit der Auslegung dieses Reglements. Jetzt sind wir soweit, dass wir eine Teilrevision machen – das wollte ihr so – damit die Handhabe besser ist, als sie es bisher war. Somit heisst das für mich ganz klar: Ich werde von jetzt an wieder die jeweiligen Abschnitte für mich geltend werten und gegebenenfalls reagieren. Und wenn wir jetzt zum Beispiel den § 14g nicht ergänzen, wie ich das wünsche, dann verlangen wir ganz klar, dass jede festgelegte Sitzung durchgeführt wird, ob es Traktanden hat oder nicht. Denn es steht nirgends geschrieben, dass man eine Sitzung absetzen darf. Und wenn man weiter unten schaut, bei § 53 Abs. 1 möchte ich eine Ergänzung, wo steht, wann die Sitzungen stattfinden sollen. Dort möchte ich eingefügt haben „sofern genügend Geschäfte vorliegen“. Dort müsste man wieder sagen, dass es eine Möglichkeit für das Büro geben muss, eine Sitzung ausfallen zu lassen. Wenn man es nämlich streng rechtlich nimmt, dürfen wir eine festgelegte Sitzung nicht stornieren. Darüber müsst ihr euch einfach im Klaren sein. Und wenn ihr jetzt einfach der Meinung seid, die Sachen, die ihr wolltet, habt ihr jetzt im Trockenen, und der Rest ist euch scheissegal, und wenn wir hier drin schon gehört haben von Franziska Pausa, die knallhart sagt, sie stimme jetzt überhaupt keinem Antrag mehr zu, dann ist das nicht in Ordnung. Dann ist das nicht in Ordnung, wenn eine Volksvertreterin einfach sagt: Egal, was für ein Antrag kommt, ich stimme einfach nicht zu – dann ist das nicht mehr Politik, das ist nicht einmal mehr persönliche Politik. Das ist Dummheit. Entschuldigung.

Felix Keller, Präsident: Ich habe jetzt zwei Anträge auf dem Tisch von Herrn Gass. Jetzt stimmen wir über diese Anträge ab. Die sind hereingekommen, und zwar lautet Antrag 1 auf Abbruch und Überweisung, und Antrag 2 lautet auf Ablehnung der Anträge von Herrn Studer. Ist das richtig, Herr Gass?

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Ich sagte: Abbruch dieser Diskussion und gar nicht eintreten. Ablehnen kann man es nicht, bevor nicht eingetreten ist. Also: Gar nicht eintreten auf diese neuen Anträge.

Felix Keller, Präsident: Gut, dann stimmen wir jetzt ab über Abbruch... [Zwischenruf] Herr Cedric Roos, Sie haben kurz das Wort. Kurz, bitte.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Ich halte mich wirklich kurz. Es ist eine Teilrevision, das ist richtig. Wir beschränken uns auf die wesentlichen Punkte. Ich möchte einfach festhalten, dass bei dem, was wir jetzt machen, allein Gemeinderat Pfaff bestimmt hat, was „wesentlich“ ist. Ich möchte einen Kompromissantrag stellen, dass Josua Studer die Möglichkeit erhält, zwei konkrete Vorschläge zu machen, und dass wir es dann beenden.

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz persönlich zum Schluss sagen: „Dummheit“ finde ich ziemlich unter der Gürtellinie. Ich glaube, viel mehr kann man nicht dazu sagen, denn du hast das selber gesagt, und du musst wissen, was das für Aussagen sind, wenn du so redest.

Felix Keller, Präsident: Wir stimmen jetzt ab über den Abbruch der Detailberatung ohne Eintreten auf die weiteren Paragraphen. Wir stimmen zuerst über den Abbruch ab, und dann über die Überweisung der Punkte an die Kommission. Also zuerst Abbruch der Detailberatung. Wer dem zustimmen möchte, möge die Karte erheben.

:::

Dem Abbruch der Detailberatung wird zugestimmt.

Felix Keller, Präsident: Wir stimmen darüber ab, ob die Punkte an die Kommission überwiesen werden sollen.

:::

Der Antrag wird abgelehnt (4 Ja).

Felix Keller, Präsident: Damit sind das Geschäft und die Detailberatung abgeschlossen. Wir kommen jetzt noch zur Abstimmung über den Antrag der Kommission. Er lautet:

Den von der Kommission vorgeschlagenen Textänderungen wird zugestimmt

– mit den Änderungen, die wir jetzt beschlossen haben.

:::

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

443 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Verfahrenspostulat von Th. Pfaff / G. Vögelin, SP/EVP-Fraktion, vom 21.05.2008 betreffend Prüfung einer Teilrevision des Geschäftsreglementes Einwohnerrat / Antrag auf Abschreibung

Geschäftsvertretung:

Präsident Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, Geschäft 3784

Jürg Gass, Präsident Reglementscommission: Viel muss ich nicht mehr sagen. Es gehört ja zum gleichen Geschäft. Ich hoffe, dass wir das jetzt abschliessen können. Wie gesagt, alles andere kommt dann in einer Totalrevision. Da hat Josua Studer vielleicht ein bisschen unrecht. Denn da schaut man nicht nur die Oberfläche und die Struktur an, sondern Totalrevision heisst, man muss Paragraf für Paragraf durchchauen und schauen, was sinnvoll ist. Ihr habt also sicher Gelegenheit, das später einmal einzureichen und gewisse Ideen mitzuliefern, wenn das Ganze dann überwiesen wird. Also, der Zug ist noch nicht abgefahren. Es hat zwar wunderbare Diskussionen gehabt, aber wie gesagt, ich freue mich auf die Totalrevision. Die wird noch viel länger dauern. Und ich hoffe, dass alle Fraktionen hier drin – ich will jetzt nicht einzelne ansprechen – ihre besten Leute in diese Kommission schicken. Ihr habt jetzt die Chance, einen Wechsel vorzunehmen. Wenn ihr sie nicht wahrnehmt, dann nehmt es bitte so hin. Ich möchte nur noch etwas zur Abstimmung sagen, bezüglich derer Simon Zimmermann sagte, er habe das nicht unterschrieben: Richtig: Am Anfang waren Josua Studer und Simon Zimmermann in der Kommission. Sie gaben dann den Austritt und konnten keinen Nachfolger liefern. Wir hatten dann eine Sitzung ohne sie. Dann machten wir mit den neuen Mitgliedern weiter. Die hatten alle ihre Unterlagen. Darum war es einstimmig bei der Schlussabstimmung. Und ihr wisst ja selber, wer bei der Schlussabstimmung dabei war. Ihr wisst, wann der Wechsel stattfand und wann der Kommissionsbericht herauskam. Also, es war eine einstimmige Sache in der Kommission. Nochmals Dankeschön an alle, und ich hoffe, wir können jetzt das wunderschöne *Debätteli* beenden.

Felix Keller, Präsident: Ist noch das Wort erwünscht vom Postulanten?

Giulio Vögelin, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur noch kurz anfügen: Ein grosses Merci an diese Kommission, die aus meiner Sicht gute Arbeit geleistet hat. Und es ist ja im Grossen und Ganzen so herausgekommen, wie wir das ursprünglich gehofft und gewünscht hatten.

Felix Keller, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 2 der Kommission.

Das Postulat 3784, Prüfung einer Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrats, wird als erfüllt abgeschrieben.
--

://:

Das Postulat wird mit 31 Ja, bei 3 Nein und 1 Enthaltung, abgeschrieben.

444 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 12.02.2009 betreffend Zubringer Allschwil

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3833

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Ich bin dankbar, dass ich diese Interpellation beantworten darf zu einem Thema der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, das ja in den letzten Tagen auch in den Medien so viel zitiert und diskutiert wurde. Es geht in der Tat um einen ganz massgeblichen und vitalen Punkt der Gemeinde Allschwil, und zwar um das Thema des Zubringers und letztendlich auch um den Rückbau des Luzernerrings und des Wasgenrings auf baselstädtischer Seite. Es ist klar, dass von Seiten der Stadt – da rede ich jetzt nicht von der Politik, sondern mehr von den Einwohnerinnen und Einwohnern – mit Argwohn beobachtet wird, wie Allschwil seine Position und seine Interessen vertritt. Ich muss aber trotzdem sagen, dass die Entwicklung des linksufrigen Bachgrabengebiets von der Verkehrserschliessung her für die Gemeinde Allschwil von eminenter Bedeutung ist und wir daher unsere Interessen auch über die Kantonsgrenzen hinaus vertreten und auch dafür sorgen müssen, dass sie wahrgenommen werden. Das ist letztendlich auch eine Zielsetzung im Massnahmen- und Strategiepapier des Gemeinderates, dass wir unsere Interessen erkennbar und mit Nachdruck vertreten. Das ist einer dieser Punkte. Es gibt verschiedene Fragen zu dieser Interpellation, die ich gern beantworte.

1. Wie hat der Gemeinderat von der Streichung des Zubringers Allschwil erfahren? – Da geht es also um die Streichung im kantonalen Richtplan des Kantons Basel-Stadt, die hier angesprochen wird. Dazu muss ich sagen, wir wurden nicht direkt darüber orientiert. Ich wurde angerufen von einem BaZ-Journalisten, der mich darauf ansprach, dass jetzt dieser Zubringer Allschwil im Richtplan des Kantons Basel-Stadt gestrichen worden sei. Und so habe ich das dann eigentlich von ihm übers Telefon erfahren. Er wollte wissen, welches die Haltung der Gemeinde Allschwil zu dieser Entscheidung sei. Darauf komme ich dann noch zu sprechen.

2. Wie wurde der Gemeinderat in das Projekt Zubringer Allschwil eingebunden? – Ich muss es so sagen: In das eigentliche Projekt Zubringer Allschwil des Kantons Basel-Stadt wurden wir nie eingebunden. Uns war auch gar nicht bewusst, ob es so ein Projekt jemals gab oder nicht. Interessant ist dann aber die Antwort zu Frage 3:

3. Wurde die Gemeinde Allschwil zur Vernehmlassung eingeladen? – Auch da geht es wieder um die Vernehmlassung zum Kantonalen Richtplan des Kantons Basel-Stadt. Dazu kann ich sagen: Ja, das ist so. Im Jahr 2007 wurden die umliegenden Gemeinden im Rahmen von Nachbarschaftsgesprächen angehört und hatten die Möglichkeit, ihre Stellungnahme abzugeben zur Revision des Kantonalen Richtplans Basel-Stadt. Wir haben das dann auch tatsächlich gemacht. Wir gaben im Frühjahr 2008 unsere Vernehmlassung ab. Ich muss dazu aber sagen: Zum Zeitpunkt, als die Gemeinde Allschwil ihre Vernehmlassung abgab, war der Zubringer Allschwil noch Bestandteil des Richtplans des Kantons Basel-Stadt. Wir brachten denn auch in unserem Schreiben vom 24. April 2008 ganz klar zum Ausdruck, wie wichtig uns dieser Zubringer im Richtplan des Kantons Basel-Stadt ist, und dass wir ihn ausserordentlich begrüssen.

4. Wie stellt sich der Gemeinderat zum Zubringer Allschwil generell? – Nun, das ist ein Thema, das Sie sicher als solches schon mehrfach den Medien entnehmen konnten. Ich zeige gern nochmals die Zusammenhänge ein Stückweit auf. Sie wissen alle, dass die Gemeinde Allschwil Verkehrsprobleme hat im linksufrigen Bachgrabengebiet, insbesondere auf der Kreuzung Kreisel Grabenring/Baslerstrasse, dann aber auch Richtung Basel-Stadt, Luzernerring/Wasgenring. Gleichzeitig haben wir das Thema, dass die Franzosen mit der Rue des Carrières eine Umfahrungsstrasse realisieren möchten über Häisingen und Hegenheim. Diese Umfahrungsstrasse würde etwa auf Höhe Actelion von Frankreich in den Hegenheimermattweg einmünden und dann entweder über Luzernerring/Wasgenring auf städtischer Seite, oder über den Grabenring auf der Schweizer Seite abfliessen. Damit man ungefähr weiss, wovon man redet: Es fahren zurzeit etwa 25'000 Fahrzeuge durch Hegenheim und Häisingen, die dann diese Route nehmen würden. Dies würde also mit anderen Worten einen enormen Verkehrsdruck bedeuten, der auf diese Achse zukäme. Gleichzeitig ist auch klar, dass wir dort noch Entwicklungspotenzial sehen im linksufrigen Bachgrabengebiet mit den dort bereits ansässigen Firmen. Wenn man das so anschaut, dann stellt sich die Frage, welches die Interessen sind auf der baselstädtischen Seite. Ich denke, die gehen nicht so sehr mit den unsrigen auseinander. Luzernerring/Wasgenring, das sind Strassen, die vorab auch durch Wohnquartiere hindurchführen. Man sieht es ja, heute stehen am Wasgenring Wachleute, die dafür sorgen, dass die Leute nach dem Burgfelderplatz nicht in die Wohnquartiere hineinfahren und versuchen, über Schleichwege dem Verkehrsknotenpunkt auszuweichen. Damit denke ich, auch für die Beruhigung der Situation im Kanton Basel-Stadt wäre es ein interessanter Aspekt, dass man diesem Zubringer dazu verhelfen könnte, dass er durchkommt. Thema ist auch Folgendes: Wir haben jetzt die Nordtangente. Die Nordtangente, das darf ich feststellen, ist dort, wo sie herauskommt, eine Anbindung an das europäische Strassennetz nach Deutschland, Frankreich, Schweiz, Italien. Und diese Ausfahrt an das europäische Hochleistungsstrassennetz führt jetzt mehr oder weniger in ein Wohnquartier hinein, in den Wasgenring. Das Erste, was man sieht, wenn man von der

Hochleistungsstrasse kommt, ist ein Fussgängerstreifen und ein Rotlicht. Und dann kommen zwei sehr markante und meistens verstopfte Verkehrsknotenpunkte beim Burgfelderplatz und beim Felix-Platter-Spital. Von der Hegenheimerstrasse auf der städtischen Seite muss ich gar nicht reden. Dort steht der ÖV im Stau, auf der rechten Seite wird parkiert, und auf der linken Seite wird auf dem Trottoir parkiert. Das haben Sie sicher alle auch schon gesehen. Damit gibt es von mir aus gesehen durchaus kompatible Interessen zwischen der Stadt und Allschwil, und ich denke, wir werden da auch für die Zukunft das Thema noch lang miteinander diskutieren dürfen. Für uns ist klar, dass der Zubringer Allschwil wichtig ist für die Umfahrung Allschwil – eine Initiative für die Umfahrungsstrasse Allschwil ist ja eingereicht. Und damit hat es für unsere Wohn- und Industriegebiete eine Bedeutung für die Entlastung vom Individualverkehr. Da möchte ich ganz gern nochmals etwas wiederholen: Das Ganze hängt auch mit der so genannten Südumfahrung zusammen. Da geht meistens ein Riesenaufschrei durch die Landschaft, und alle sagen: Was wollt ihr denn noch mehr Strassen bauen – mehr Strassen geben am Ende nur mehr Verkehr. Ich muss sagen, ich kenne das. Ich bin es langsam müde, diese Argumente zu hören. Man sollte ab und zu einen Gedanken zu Ende führen. Ich sage einmal Folgendes, zum Thema Option Südumfahrung – ich hoffe, es ist allen ein Begriff, was „Option“ heisst. Wenn wir von Option reden, heisst das nicht, dass wir morgen anfangen zu bauen. Die Option hat einen Zeithorizont von 20, 30 oder mehr Jahren, wir sehen es bei der H2. Wenn so eine Umfahrung oder eine Südumfahrung in einem Richtplan drin steht, heisst das noch lange nicht, dass sie morgen gebaut wird, sondern es geht darum, dass das Trasse gesichert wird. Wenn man dann in 20, 30 Jahren das Ganze dann effektiv realisieren müsste, dann hat man raumplanerisch die Gewähr, dass es realisiert werden kann. Wichtig für mich ist, dass wir auf diesem Weg vorab mit dem ÖV arbeiten. Das wird ja meistens unter den Tisch gewischt: es ist ja ganz klar, dass sich von der zeitlichen Priorisierung und der finanziellen Machbarkeit her automatisch eine Etappierung ergibt. Und da ist die erste Antwort „ÖV“. Ich bitte da alle, gut zuzuhören und sich das zu merken. Das steht übrigens auch im Massnahmen- und Strategiepapier der Gemeinde Allschwil. Es geht darum, dass wir die Buslinie 64 im Dezember werden realisieren können. Sie wird Allschwil nach Oberwil, ins Leimental und bis nach Dornach und Arlesheim verbinden. Das ist eine ganz zentrale Strecke. Das hatten wir bis jetzt nie, dass es eine so genannte Radial- und Tangentialverbindung gab ins restliche Baselbiet. Dann haben wir konkrete Projekte, die bearbeitet werden. Das ist als solches die Fahrplankonzentration der Buslinie 38, insbesondere auch mit einer Direktanbindung an den Bahnhof SBB. Das sind Pläne, die ziemlich konkretisiert sind und von denen ich hoffe, dass sie auch realisiert werden können. Das ist nur ein Teil. Wir kämpfen auch für einen Regio-S-Bahn-Anschluss am Morgartenring, der Allschwil ebenfalls einen Mehrnutzen im Bereich des Öffentlichen Verkehrs bringen würde. Und selbst wenn man es nicht glaubt, dann kann man es auch im Massnahmen- und Strategiepapier nachlesen: Wir setzen uns sogar für den Langsamverkehr ein, Velo- und Fussgängerverkehr. Man muss es nur lesen wollen, dann weiss man das auch.

Die Frage ist, wie geht man da weiter? Ich darf sagen, wir haben das Gespräch gesucht, und das ist für mich höchst erfreulich, mit dem Regierungsrat Hans-Peter Wessels vom Kanton Basel-Stadt. Er war ja zuvor Wirtschaftsförderer beider Basel, von BaselArea, und er hat zusammen mit der Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung ganz massgeblich bei der Entwicklung des linksufrigen Bachgrabengebietes mitgeholfen. Das Gespräch fand am 9. April 2009 statt, und dort wurden all diese Themen in einem persönlichen Gedankenaustausch diskutiert, und von mir aus gesehen auf einer sehr fruchtbaren Ebene. Wir sprachen dort vorab die Frage des Richtplans des Kantons Basel-Stadt an. Wir haben sehr intensiv die Frage des öffentlichen Verkehrs angesprochen. Wie gesagt, es ist für uns klar, es ist die BVB, die hier zuständig ist, und wir sind massgeblich vom Kanton Basel-Stadt abhängig bezüglich der Frage, wie gut wir in Zukunft vom Öffentlichen Verkehr bedient werden. Dann haben wir einen intensiven Austausch über den Eurodistrict. Das ist, könnte man sagen, das trinationale Parlament. Dort gibt es ein Interreg IV-Projekt. In diesem Interreg IV-Projekt sind Deutschland, die Schweiz und Frankreich vertreten. Wir hatten schon einmal eines zum Thema Stärkung des Öffentlichen Verkehrs und der kombinierten Mobilität im trinationalen Eurodistrict Basel. Das ganze Interreg IV-Programm hat einen bestimmten Perimeter, und zwar geht der von Allschwil, Hegenheim, Häisingen über St. Louis, Burgfelden und Basel, und das Thema ist, wie kann man in dieser Region den Öffentlichen Verkehr ausbauen. Die Gemeinde Allschwil hat 20'000 Franken für dieses Projekt gesprochen, und die weiteren Kosten werden von der EU übernommen. Wir haben entsprechende Anträge platziert und gehen davon aus, dass sie gutgeheissen werden. Also auch da klar die Stärkung des Öffentlichen Verkehrs, letztendlich auch bis und mit Park & Ride. Auch das ist keine einfache Diskussion. Die Franzosen, ich habe das schon ein paar Mal gesagt, warten nicht auf das „Park“. Das „Ride“ vielleicht schon, aber Parkhäuser bauen sie nicht so gern bei sich selber; sie hätten lieber unsere Firmen, das ist auch klar. Ich denke aber, dass wir da mit Herrn Wessels eine sehr gute Kommunikation haben, so dass ich hier ganz laut und ehrlich sagen darf, partnerschaftliche Probleme haben wir nicht. Wir haben die Problematik sehr gut angesprochen, und wir werden auch das Thema Rückbau Wasgenring/Luzernerring noch einmal vertieft erörtern.

Damit habe ich auch schon etwas gesagt zu Frage Nr. 6:

6. *Inwiefern beeinflusst der Entscheid des Kantons Basel-Stadt die Zielsetzung Nr. 6 in der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung?* – Grundsätzlich nicht. Ich darf auch dazu sagen, der Zubringer Allschwil ist zwar so nicht mehr im kantonalen Richtplan des Kantons Basel-Stadt enthalten. Aber er ist trotzdem an sich noch erwähnt, und zwar unter den Themen Planungsgrundsätze und Planungsanweisungen, wo wir die Formulierung haben, dass „der Zubringer Allschwil eine zu prüfende Massnahme wäre“. Also auch der Kanton Basel-Stadt hat sich da im Rahmen des Richtplans ein Türlein offen gelassen. Wir sind also überzeugt, dass wir mittelfristig und bezahlbar mit dem Öffentlichen Verkehr sehr gute Entwicklungen werden in Gang setzen können und dass wir Allschwil mit dem Öffentlichen Verkehr sehr viel besser werden erschliessen können. Gespannt sind wir, was im Kanton Basel-Land passiert. Dort wurde ja die Südumfahrung aus dem Richtplan herausgenommen, mit dem Auftrag an die Regierung, innerhalb von fünf Jahren einen Bericht abzugeben über die Machbarkeit einer Südumfahrung. Und im Jahr 2014 soll definitiv entschieden werden, wie die Südumfahrung im Kantonalen Richtplan behandelt werden soll.

Das ist meine Auskunft zu dieser Interpellation, und ich bin froh, dass wir das so klar auf den Tisch bringen können.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Ich möchte mich herzlich für die Antworten bedanken. Sie sind sehr ausführlich und in vielem zufriedenstellend. Ich möchte den Gemeinderat aber trotzdem im Namen der CVP bitten, dringend am Ball zu bleiben, und, wenn nötig, die Interessen unserer Gemeinde beim anderen Kanton mit Nachdruck zu vertreten.

445 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Andreas Bammatter und Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 21.03.2009 betreffend Investitionen zur Entlastung der Wirtschaftskrise

Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3846

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Herzlichen Dank, Andreas Bammatter, für diese Fragen. Das ist recht komplex, du hast uns da eine Menge Arbeit gemacht, aber im positiven Sinn, wenn ich das so sagen darf. Selbstverständlich macht sich auch die Gemeinde Sorgen über die ganze Thematik Wirtschaftskrise, von der man in den Medien immer wieder liest und sich dann auch fragt, ist sie im Kanton oder in der Gemeinde angekommen, und wenn ja, wo, und welche Massnahmen kann man gegen diese Wirtschaftskrise treffen. Ich muss vielleicht mit einer kleinen Enttäuschung anfangen. Ich zweifle natürlich daran, dass sich diese Weltwirtschaftskrise auf kommunaler Ebene lösen lässt, ich denke das ist selbstverständlich. Wir werden also auf einem kleinen Feuerchen kochen müssen, wenn wir irgendwo Handlungsbedarf erkennen. Wenn ich die Situation beim Bund anschau, dort diskutiert man zurzeit über das 3. Konjunkturprogramm. Ich darf aber auch feststellen, dass ein übertrieben grosser Aktivismus im Bund, betreffend Wirtschaftskrise, zurzeit auch nicht erkennbar ist und man grundsätzlich davon ausgeht, dass die Wirtschaft mit dieser Krise selber fertig werden muss. Ein wichtiger weiterer Aspekt für mich, wenn ich einfach die Rahmenbedingungen abstecke, ist dies: Massgeblich von der Wirtschaftskrise betroffen sind die exportabhängigen Betriebe, das haben wir ja neulich auch gehört – Maschinenindustrie etc., die zum Teil massive Einbrüche gewärtigen musste, und wo man von Stellenabbau oder zumindest von Kurzarbeit redet. Mit anderen Worten, wenn wir auf kommunaler Ebene miteinander diskutieren, hat das nicht unbedingt die Dimension, dass wir von einer ausgesprochenen Exportabhängigkeit reden müssen. Grundsätzlich sind aber die Betriebe betroffen, die exportabhängig sind. Die Frage nach dem Allheilmittel, das ist auch höchst interessant, wurde intensiv diskutiert, und es gibt kaum eine Partei, die nicht ein altes Anliegen wieder hervorgeholt hat, um es jetzt zu platzieren, in der Meinung, dass man damit der Wirtschaftskrise begegnen könne. Ich darf vielleicht sagen – und Andreas Bammatter hat ja speziell die drohende Jugendarbeitslosigkeit angesprochen – es ist enorm schwierig, sinnvolle Massnahmen zu treffen. Wenn man zum Beispiel sagt, wir machen Beihilfen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit, dann bekommt man von irgendwo her den Vorwurf, man diskriminiere den älteren Arbeitnehmer oder die ältere Arbeitnehmerin. Damit ist man ständig in einem unglaublichen Widerspruch von sämtlichen Interesse. Das Wichtige für mich ist aber, dass die

Rahmenbedingungen klargestellt werden müssen. Diese habe ich schon mehrfach definiert, die sind auch im Strategie- und Massnahmenpapier drin: tiefe Steuern, tiefe Staatsquote, hohe Rechtssicherheit, gute Infrastruktur und Wettbewerb statt Subventionen. Ihr hört, das ist quasi das Credo der freien Marktwirtschaft, denn letztendlich ist dies das Thema, um das es gehen sollte. Die Frage ist jetzt, wenn man von dem Credo ausgehen will – selbstverständlich ist nichts sakrosankt – was macht der Kanton? Der Kanton hatte seine grosse Wirtschaftsdebatte zur Finanzkrise am 26.03.2009. Man kann im Internet das Protokoll nachlesen, es ist sehr riesig geworden, stelle ich fest. Es waren dort fünf Postulate eingereicht worden, mit denen man gegen die Wirtschaftskrise vorgehen wollte, und die allesamt abgelehnt wurden. Es gab ein Postulat der SVP, das überwiesen wurde, mit dem Titel „Massnahmenpaket und -planung zur Bewältigung der Finanzkrise“. Also auch vom Titel her sieht man, dass das relativ schwammig formuliert war, wenn ich das so sagen darf. Es ist erstens ein Postulat, und zum Zweiten ein „Massnahmenpaket zur Bewältigung der Finanzkrise“. Immerhin, von sechs Vorstössen ist einer überwiesen worden. Die Antworten von Adrian Ballmer waren die, und das kann man für uns fast 1:1 übernehmen: Ein sofortiges Umsetzen von Massnahmen ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. So schnell ist auch der Staat nicht. Es geht vor allem um Planungen, die man in Gang setzen muss, und dann auch um die Regelung der Finanzierung. Es wäre ja suspekt, wenn wir das jetzt einfach aus dem Ärmel zaubern und von einem Tag auf den anderen ohne Planung und Finanzierung Grosses umsetzen könnten. Mit anderen Worten, der Faktor Zeit spielt eine wichtige Rolle: Kommen wir mit Massnahmen rechtzeitig an den Ort, wo wir Massnahmen brauchen? Ein Postulat „prüfen und berichten“ reicht sicher nicht. Man geht davon aus, das haben Sie sicher auch gelesen, dass eine erste Erholung von dieser Wirtschaftskrise in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 zu erwarten ist. Ob das stimmt, weiss ich nicht, das sind Prognosen. Eine Abflachung der Arbeitslosigkeit wird frühestens 2011 erwartet. Daran sieht man, die Reaktionszeit wäre kurz, man müsste also sehr schnell agieren, um die Krise wirklich zu beeinflussen. Die Regierung hat das so gesagt: Sie entwickeln das parallel zum Budget 2010 und parallel zur Finanzplanung. Und ich denke, das ist eine Möglichkeit, die die Gemeinde Allschwil auch hat, und an der man sich orientieren kann.

Die gestellten Fragen sind ausserordentlich präzise und auch konzis, und ich denke, das ist gut, wenn ich auf die einzelnen Fragen eingehe.

1. Welche eventuell nun vorgezogenen Investitionen können lokal dazu beitragen, die Auftragslage der Allschwiler und regionalen Betriebe nachhaltig zu sichern? – Das Gute mal vorgezogen. Es ist ganz klar, es gibt nichts, was bei uns nicht geplant ist. Damit ist alles in einem Investitionsplan drin und in einem Finanzplan festgehalten. Es kann also nur ein Vorziehen sein. Es gibt von mir aus gesehen eine Möglichkeit - darauf komme ich noch zurück – dass man allenfalls diskutieren könnte, etwas Neues zu machen. Ich darf einfach sagen: Wenn wir etwas vorziehen, dann machen wir es früher, aber dafür später nicht mehr. Das hat also auch immer eine Wechselwirkung. Wenn ich etwas vorher mache, dann macht es der Staat halt später nicht mehr. Dann: „lokal dazu beitragen“ – das ist möglich, ja, vor allem für Allschwiler Betriebe. Da muss ich allerdings sagen, wir haben das Subventionswesen. Wir haben also nur dort die Möglichkeit, für Allschwiler Betriebe oder regional etwas zu machen, wo die so genannte freihändige Vergabe zulässig ist gemäss dem Subventionsreglement. Da, denke ich aber, sollten Möglichkeiten gefunden werden. Wir reden da ja von einem Grenznutzen von 150'000 Franken. Vielleicht darf ich da jetzt zwei, drei Beispiele nennen, an die zu realisieren man denken könnte, und wozu der Gemeinderat auch bereit wäre: Sie wissen alle, wir stehen zwar vor der Totalsanierung der Schulhäuser. Aber es gibt dort gewisse Themen, die man vorziehen könnte. Zum Beispiel kann man am Schulhaus Schönenbuchstrasse die Turnhallen-Fensterfront bereits ersetzen. Also unten, diese Turnhallenfensterfront, Sie kennen sie sicher. Und auch der Turnhallenboden dort hat im Grund genommen die Notwendigkeit, dass man ihn saniert. Vorgesehen ist das für 2012/2013. Wir könnten das aber vorziehen und damit bei einer Auftragssumme von 150'000 Franken sicher auch dem lokalen Gewerbe die Möglichkeit geben, sich einzubringen. Dann hätten wir auch im Schulzentrum die Möglichkeit, den Turnhallenboden neu zu machen. Auch das ist vorgesehen für 2013. Wir könnten das auf 2010 vorverlegen. Allerdings ist auch da das gesamte Schadenausmass am Boden noch nicht definitiv erhoben, so dass da das Investitionsvolumen erst noch berechnet werden muss. Da sieht man also die zeitliche Dringlichkeit, die hinzukommt. Dann gibt es Möglichkeiten, im Schulzentrum Neuallschwil einzelnen Massnahmen bereits vorzunehmen, z.B. Korridor- und Schulzimmerdecken neu zu streichen und allenfalls auch Schulzimmerbeleuchtungen vorzuziehen. Wenn der Gemeinderat der Meinung ist, das sei komplett machbar, dann werden wir da, so Gott will, in der Juni-Sitzung dem Einwohnerrat eine separate Vorlage präsentieren, damit wir im Schulzentrum Neuallschwil etwas unternehmen können. Ein anderes Thema ist noch die Sanierung der Fassade des Heimatmuseums. Da haben wir festgestellt, dass das derartig komplex wird, wenn wir da mit der Denkmalpflege verhandeln müssen, dass das wahrscheinlich zeitlich nicht so schnell möglich ist. Ein ähnliches Problem haben wir dann auch bei den Strassenprojekten. Wir werden alles daran setzen, um einzelne Strassenprojekte vorzuziehen. Zum Beispiel die nicht bei allen beliebte Stützmauer entlang der Gartenstrasse vom

Grabenringkreisel an in Richtung Dorf. Dort müssen natürlich zuerst die entsprechenden Planungsarbeiten und Aufträge vergeben werden. Also auch da gibt es ein zeitliches Problem. Vielleicht sollte ich auch noch ein wenig aus der Literatur berichten. Ich habe da etwas Interessantes gelesen. Eine Möglichkeit wäre natürlich, jetzt – das ist für die Grünen interessant – in die Solarenergie zu investieren. Ich möchte das ganz kurz begründen. Es war nicht meine Idee, sondern die von Prof. Borner von der Uni Basel. Das Problem ist das: Wenn das Gemeinwesen jetzt Arbeiten vorzieht, die es ohnehin machen muss, schafft es letztlich langfristig keinen eigentlichen Mehrwert. Man könnte aber durch Investitionen beispielsweise in Solarenergie einer Technik Vorschub geben, die sich dann entwickeln könnte, und die dann vielleicht auch nach der Wirtschaftskrise – dank dem Anschub während der Wirtschaftskrise – sich dann besser finanzieren und über Wasser halten kann. Das ist für mich ein interessanter Punkt, über den wir sicher noch diskutieren werden. Zum Beispiel reden wir da über die Prüfung der Möglichkeit einer Solaranlage im Schulzentrum Allschwil. Das führt natürlich bei Einzelnen zu Freude – was mich natürlich auch freut. Was ich dazu sagen muss: Es sind eben, wie gesagt, punktuelle Investitionen, von denen ich hoffe, dass sie dann dem lokalen Gewerbe zugute kommen. Aber eben nur dort, wo keine öffentliche Ausschreibung notwendig ist. Sie sehen aber, wir versuchen, auf das ganze zu reagieren.

2. Wie steht es mit der Arbeitslosigkeit / Anstieg Kurzarbeit und ihren Folgen in der Gemeinde Allschwil? Welche Massnahmen können lokal dazu beitragen, gefährdete und betroffene Betriebe und ihre Mitarbeiter zu unterstützen und somit Arbeitsplätze zu schützen? – Das ist natürlich enorm, Andras Bammatter, das weißt du auch, du bist ja vom Fach. Die Frage ist ganz konkret, das ist die Situation in der Gemeinde Allschwil: Wir haben beim KIGA angefragt. Leider haben wir keine eigenen Zahlen mehr, da das ganze Arbeitslosenwesen jetzt beim Kanton ist. Man muss auch dazu sagen, das sind die so genannten Arbeitslosenstatistiken, also die Statistiken, in denen Sozialhilfebezüger, also arbeitslose Sozialhilfebezüger, die ausgesteuert wurden, nicht mehr erfasst sind. Damit sagen sie nur die halbe Wahrheit, das weisst du auch, Andreas Bammatter. Ich möchte es jetzt nicht interpretieren, denn man kann da viele Fehler machen in der Wortwahl. Im Januar 2008 hatten wir 216 Arbeitslose gemeldet. Im Januar 2009 waren es 240, also rund 20 Arbeitslose mehr als 2008. Wenn man dann aber schaut, wie das weiterging, dann sieht man die neueste Zahl vom April 2009, da waren 292 Arbeitslose gemeldet. Man kann feststellen dass es sicher ungewöhnlich ist, dass die Arbeitslosenzahl im Frühjahr stieg. Unterm Strich darf ich aber auch sagen, dass die Arbeitslosenzahl bei uns natürlich auch schon bedeutend höher war, und dass daher bis jetzt noch keine Alarmwerte erreicht wurden. Dennoch, ein Anstieg der Quote ist erkennbar, wenn auch nicht so absolut bedrohlich.

Bei der Kurzarbeit, so haben wir uns orientieren lassen, sieht es so aus: Per 10. Mai hatten in Allschwil elf Betriebe Kurzarbeit. Von dieser Kurzarbeit betroffen sind vor allem der Handel, der Metall- und Maschinenbau und Nebengewerbe, und es sind sogar Ingenieure betroffen. Gesamthaft, und das ist ja wichtig, weil man da von Menschen redet, sind es 256 Personen, die von Kurzarbeit betroffen sind. Wenn man das aber wieder ins Verhältnis setzt, muss ich auch sagen, dann darf man das ein Stückweit in Tat und Wahrheit auch relativieren. Wir haben in Allschwil, wenn man das mal rein statistisch zahlenmässig anschaut, 1'063 gemeldete Betriebe per 31.12.2008, und damit sind elf Betriebe, die Kurzarbeit haben, 1,034%. Es ist also ein relativ kleiner Anteil, der wirklich Kurzarbeit hat. Bitte nehmen Sie die Zahlen also nicht so für bare Münze. Die Zahlen stimmen, aber sie sind als Zahlen nur relativ aussagekräftig, oder eben nicht aussagekräftig. Ich möchte einfach sagen: Elf Betriebe mit Kurzarbeit im Verhältnis zu 1'063 vorhandenen, das muss man schon in Relation setzen.

Damit habe ich aber auch gesagt, dass es aus der Sicht der Gemeinde Allschwil grundsätzlich sehr schwierig ist, im Bereich Arbeitslosigkeit etwas zu unternehmen. Weil, wie gesagt, dazu stehe ich, das Gemeinwesen keine Arbeitsstellen schafft. Wir machen das vorab über die gesunden Rahmenbedingungen für die Unternehmen.

Ich denke, *Frage 3* ist eine Zentrale Frage von Andreas Bammatter, die ihn wohl am meisten interessiert: Er fragt, *was läuft mit der Stellenfindung für unsere Schulabgänger. Können Anreize geschaffen werden in kommunalen Unternehmungen für Jugendliche nach dem 10. Schuljahr?* – Da muss ich sagen, auch da ist die Situation schwierig. Wir können in dieser Wirtschaftskrise wahrscheinlich schon noch das eine oder andere dazulernen. Wir haben beim Amt für Volksschulen nachgefragt. Dort gab Herr Ruedi Meier vom Amt für Berufsbildung Auskunft. Es geht um Folgendes, und das geht ein bisschen handgestrickt zu, wie ich feststellen durfte: Die Lehrerschaft – wer immer das konkret ist – teilt jeweils nach dem 9. Schuljahr mit einem Formular, resp. per Internet, dem Amt für Volksschulen mit, wer denn da die Schulabgänger seien, wer in eine Lehre geht, wer in eine weiterbildende Schule geht, wer einen Auslandsaufenthalt macht, wer arbeitslos ist, etc., etc. Das Ganze geht dann an das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung. Die nehmen eine Auswertung vor. Ich muss aber leider feststellen, dass diese Auswertung dann letztendlich für eine einzelne Gemeinde nicht mehr relevant ist. Man verschwindet dann einfach im Gesamtkuchen der Statistik. Und damit fehlen ein Stückweit ganz klare

Indikatoren, z.B. für unsere Gemeinde Allschwil. Man kann aber immerhin sagen, dass im Kanton als solchem die Schulabgänger permanent überprüft und analysiert werden. Wenn man jetzt probiert, doch ein paar Zahlen zu nennen, die hieb- und stichfest sind, dann darf ich sagen: Beim Vergleich der abgeschlossenen Lehrabschlussverträge – diese Zahlen sind erhärtet – kann man feststellen, dass im Mai 2008 etwa gleichbleibend viele Lehrabschlussverträge abgeschlossen wurden wie im Mai 2009. So dass man zum jetzigen Zeitpunkt vorsichtig sagen kann, dass die Wirtschaftskrise noch keine direkten Auswirkungen auf die Schulabgänger hatte. Die Frage ist dann auch: Was ist mit der Anzahl Jugendlicher, die eine Lehrstelle suchen? Auch da kann man einfach Zahlen vergleichen, die nicht statistisch verarbeitet sind, das habe ich nicht so gern. Man kann zum Beispiel den Juni 2009 mit dem Juni 2008 vergleichen. Da stellt man dann fest, dass die Lehrstellensuche leicht abgenommen hat. Da staunt man natürlich. Es gab eine Entlastung von minus 5,2%, wie gesagt immer noch gemäss dem Amt für Berufsbildung. Und diese Entlastung bei der Lehrstellensuche wurde vom Amt für Berufsbildung allein mit der Demografie erklärt, es gibt also einfach vom Jahrgang her weniger Jugendliche, die Stellen suchen. So dass auch nicht zwingend alles auf die Wirtschaftskrise abgewälzt werden kann. Der aktuelle Stand kann auch interessieren: Wie viele Lehrverträge sind jetzt eigentlich abgeschlossen worden? Und zwar kann man da die Jahre 2008 und 2009 miteinander vergleichen. Auch da kann man sagen, es ist in etwa dasselbe. Es wurden vor Jahresfrist 1'250 Lehrverträge abgeschlossen, und es waren auch jetzt etwa 1'250. So dass man auch hier davon ausgehen kann, dass sich die Situation nicht dramatisch verändert hat. Ein weiterer Indikator, der vom Amt für Berufsbildung ebenfalls verwendet wird, ist: Was ist mit den offenen Lehrstellen? Gibt es eine Veränderung? Hat das Lehrstellenangebot im Kanton Baselland bereits abgenommen? Auch da darf ich ein Stückweit Entwarnung geben. Mitte Mai 2008 waren gleich viele Stellen bekannt wie jetzt im 2009, nämlich in etwa 350 offene Lehrstellen. Und damit hat sich das Angebot – immer gemäss Amt für Berufsbildung, um das nochmals zu sagen, ich zitiere nur – nicht massgeblich verändert. Wenn man das Thema aber langfristig anschaut, dann ist klar: Die Situation für die Schulabgängerinnen und –abgänger wird sich verschärfen können. Das wird vom Amt für Berufsbildung klar gesagt. Es wird früher selektioniert, und die Wirtschaft stürzt sich vor allem auf die Guten. Die Konsequenz daraus für uns ist, wie gesagt, dass das Bildungsangebot und die Qualität in den Schulen hoch gehalten werden muss. Tatsache ist aber auch – und das könnte noch eintreten, ist aber bis jetzt nicht spürbar – dass die Wirtschaft aufgrund der Auftragsklage verunsichert ist und vielleicht im jetzigen Zeitpunkt nicht unbedingt Lehrlinge anstellen möchte. Allerdings ist dieser Trend als solcher bis jetzt zum Glück noch nicht eingetroffen. Es ist also noch eine reine Befürchtung.

Wenn man fragt: Werden Lehrstellen geschaffen, und wie machen wir das? Ich darf sagen, der Kanton hat in den letzten drei Jahren, wurde uns gesagt, 50 Lehrstellen geschaffen. Die Gemeinde Allschwil hat so viele Lehrstellen, wie sie nur anbieten kann. Wir haben drei Lehrstellen im KV, zwei, die als Fachmann Betriebsunterhalt ausgebildet werden, einen Gärtner, einen Informatiker und einen Vorlehrling Gärtner – das ist eine Stelle, die zurzeit vakant ist; also der Vorlehrling Gärtner ist noch vakant. Da muss ich sagen, das ist das Maximale dessen, was wir auf der Gemeinde anbieten können. Ich kann aber insofern sagen, der Gemeinderat hat sich da Gedanken gemacht. Theoretisch ist es möglich, jemanden nach dem Lehrabschluss noch länger auf der Gemeinde zu beschäftigen, wenn die Person noch keinen fixen Arbeitsplatz gefunden hat. Der Gemeinderat Allschwil ist also bereit, einem Lehrling, der noch keine neue Arbeitsstelle nach Abschluss der Lehre gefunden hat, das Arbeitsverhältnis auf der Gemeinde Allschwil zu verlängern und ihn dann auch zu unterstützen bei der Suche nach einer Arbeitsstelle ausserhalb der Gemeinde Allschwil nach dem Lehrabschluss. Ansonsten muss ich sagen, ich würde sehr gern sehr viel machen. Aber ich denke, die Anreizsysteme, die die Gemeinde Allschwil bei den privaten Unternehmen setzen kann, sind relativ mager. Was wir immer wieder bieten können, das ist klar, das ist, dass im Jugendfreizeithaus eine Beratung angeboten wird, auch von Heinz Kraus. Er hilft den Leuten, die sich an ihn wenden, aktiv bei der Lehrstellensuche. Und ansonsten schalten wir auch immer wieder die sozialen Dienste ein, die behilflich sind beim Suchen von Lehrstellen. Ich muss aber sagen, dass das im Grossen und Ganzen sehr komplexe Aufgaben sind, die da auf die Gemeinden zukommen würden.

4. Welche Interventionsmöglichkeiten wird der Gemeinderat bei der basellandschaftlichen Regierung vorbringen, um regional die Wirtschaft und somit die Gesellschaft zu stärken? – Ja, ihr habt es gesehen, von sechs Vorstössen im Landrat ist zu diesem Thema einer als Postulat überwiesen worden. Ich denke, es ist relativ schwierig, da jetzt konkrete Vorstösse beim Kanton vorbringen zu können aus der Sicht der Gemeinde. Wenn man schon sieht, dass der Landrat das Thema selber schon intensiv diskutiert hat und dies nicht zur Überweisung von vielen Vorstössen von Landrätinnen und Landräten geführt hat. Da, denke ich, sind unsere Mittel und Möglichkeiten ziemlich beschränkt.

Zum Schluss kann ich Ihnen aber sagen: Wir begleiten und analysieren diese Situation sehr eng. Wir sind durchaus bereit, dort Investitionen vorzuziehen, wo wir das tun können. Wir sind auch bereit, Neuerungen zu versuchen dort, wo das möglich ist; ich denke da an die Solarenergie. Und wir sind bereit, aus der Sicht der Gemeinde Allschwil die Lehrabgänger, die ihren Abschluss gemacht haben, länger auf der

Gemeinde zu beschäftigen, bis sie eine Festanstellung gefunden haben. Das sind so in etwa die Aussagen des Gemeinderates zu deiner Interpellation, Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat, dass er das so schnell behandelt hat. Ich finde es wichtig, dass das, was im Kleinen anfängt, nachher im Grossen gelingen kann. Wir müssen einen Beitrag leisten. Und wenn der Gemeinderat die freihändige Vergabe ausnützt, so gut das möglich ist, dann leistet er einen Beitrag. Auch im Konjunkturprogramm III des Bundes war das Thema bei den Jugendlichen klar nicht die Lehren, sondern, wie es der Gemeinderat auch sagte, die Praktika für Lehrabgänger zu fördern, bzw. Leute noch weiter angestellt sein zu lassen. Eine weitere Aufgabe, die die Gemeinde sich vielleicht auch überlegen könnte: Vielleicht gibt es Sonderaufgaben, vielleicht gibt es Projekte; die sind temporär, die haben einen Anfang und ein Ende, die kann man budgetieren. Vielleicht könnte man das eine oder andere in Auftrag geben, das dann ausgeführt werden könnte. Ich möchte einfach darauf hinweisen, der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 216 auf 240, das sind 16%. Und wenn man bei der Kurzarbeit 256 Personen hat: Man weiss, wenn eine Krise länger dauert, dann kann Kurzarbeit in die Arbeitslosigkeit führen, weil die Betriebe dann anfangen zu restrukturieren. Also aus den Tatsachen der letzten Krise ist das leider so bekannt. Wir müssen uns also auch damit auseinandersetzen, und das wird in der Budgetplanung auch in Allschwil sicher seinen Niederschlag finden. Ich bin froh, wenn ich die Absichten des Gemeinderates höre. Aber ich bin auch froh, wenn wir nicht zu viel in dieser Richtung tun müssen. Denn das, was die Krise bringt, ist noch nicht überstanden. Wir haben es gehört: Der höchste Punkt der Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2011. Wir sind jetzt im 2009, also wir werden noch hineinbeissen müssen; und ich bitte, alles zu tun, was man lokal tun kann, damit es im Ganzen und Grossen etwas gibt.

Felix Keller, Präsident: Wird Antrag auf Diskussion gestellt?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Antrag auf Diskussion.

Josua Studer, SVP-Fraktion: Ich möchte schnell etwas klarstellen. Jetzt ist mir klar, warum ihr nicht am Einwohnerratsreglement weiterarbeiten wolltet. Ihr wolltet unbedingt diese Interpellation noch beantwortet haben. Ich möchte euch darauf hinweisen, dass es gemäss Einwohnerratsreglement möglich wäre, die Antworten schriftlich zu erhalten. Somit hätte sich auch fast der Satz da unten erübrigt „Besten Dank für eine raschestmögliche Beantwortung“. Da hättet ihr die Antwort nämlich noch schneller gehabt. Man hätte schon etwas umsetzen und die Antworten schon für heute Abend verwenden können. Dann bräuchten wir jetzt nicht noch eine lange Diskussion machen. Ich finde das toll, dass ihr nicht einmal wisst, wie das funktioniert mit einer Diskussion: Einer darf zu einer Interpellation reden, und nicht zwei oder drei. Aber, eben, das wissen auch Methusalems nicht...

Felix Keller, Präsident: Wir stimmen ab über den Antrag auf Diskussion.

://:

Dem Antrag auf Diskussion wird mit 17 Ja, bei 11 Nein, zugestimmt.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Wie ich vorhin schon bei der Diskussion über dieses Thema sagte: Es ist Usus, dass, wenn jemand Diskussion verlangt, er die bekommt. Das muss ich jetzt dir da drüben einmal sagen. Das haben wir bis jetzt immer so gemacht. Alles andere wäre neu. – Ich muss etwas korrigieren: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit beträgt nicht 16, sondern 20% von Januar bis jetzt. Das ist eine ganz andere Steigerung. Ein Prozess, der sehr, sehr stark zunimmt. Die Presse ist voll davon. Die Gewerkschaften verlangen heute bereits – und machen einen Vorstoss zusammen mit den KV – für Lehrabgänger 5'000 Franken für Weiterbildung. Es ist ein Riesenbedürfnis vorhanden. Etwas anderes wollte ich noch sagen: Der Gemeindepräsident sprach von Rahmenbedingungen, und zwar von gesunden Rahmenbedingungen. Wir haben bei uns in Allschwil zwei Berufswahlklassen (BWK). In einer Klasse haben bis jetzt alle eine Lehrstelle gefunden, in der anderen die Hälfte noch nicht. Ich hatte im Zusammenhang mit unserem Podium in letzter Zeit x Gespräche mit KMU in Allschwil. Und ich weiss, dass sehr viele KMU junge Leute und Lehrlinge restriktiv einstellen, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht. Und da hat, denke ich, eine Gemeinde eine grosse Chance vorwärtszumachen, mit gesunden Rahmenbedingungen. Zum Beispiel, indem man gewisse Sachen vorzieht, wie ihr es vom Gemeinderat her vorschlagt, damit das Kleingewerbe über das Loch, das sie zum Teil vor sich sehen, weiterziehen

können. Ich hoffe sehr, dass wir da mit dem Gewerbe zusammen für Schulabgängerinnen und Schulabgänger weitergehen können. Es geht nicht nur um die BWK, sondern auch um das 10. Schuljahr. Wir haben ganz viele Jugendliche, die im 10. Schuljahr sind und auch auf der Stufe Sek A herauskommen. Das Gleiche gilt übrigens auch im Niveau E. Noch nicht alle haben einen Arbeitsplatz für die Zeit nach der Schule. Und da hoffe ich wirklich, dass die gesunde – wie du es sagtest, Anton Lauber – Rahmenbedingung vorgezogen werden kann. Ich hoffe, dass es besser ausgeht, als die Prognosen aussehen. Und übrigens zur ganzen Wirtschaft: Wie es aussieht, haben wir ja nächste Woche ein Podium in Allschwil, das sehr gut darüber Auskunft geben könnte.

Felix Keller, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit sind wir am Schluss dieser Sitzung. Wider Erwarten wurde es doch noch eine abendfüllende Sitzung mit einem Überzug. Wir sehen uns am 16. und am 17. Juni, und am 17. Juni finden dann ja traditionell die Wahlgeschäfte statt.

ENDE DER SITZUNG